

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitag. Abonnementspreis: 1 Mk. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Katalog Nr 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28. Telefon: Amt Norden, 2348. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Schindler, Auguststraße 8. — Redaktionschef: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Feilzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsausgaben 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft.

Inhalt:

Hauptteil: Stellenlose Offiziere. Rundschau. Soziale Monatsschau. Handelspolitik und Schutzzölle, III. Die »Richtlinien« der Gelben. — **Allgemeines:** Die Arbeitslosigkeit in unserm Verlande, II. Über unsere Kraft? Ortsberichte: Cöln a. Rh. — **Der Lithograph:** Zeldneragitation, II. — **Die photomech. Fächer:** Die Tarifgemeinschaft der Lichtdrucker in den Jahren 1911/12. Die Lichtdrucker und der Tiefdruck. — **Feuilleton:** Vom Böhmerland. — **Anzeigen** (mit Totenliste).

Stellenlose Offiziere.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß in Deutschland eine außerordentlich große Anzahl von Offizieren »verbraucht« wird. Um für den starken Nachschub aus den Kadettenanstalten Platz zu schaffen, wird der militärischen Laufbahn vieler Offiziere nicht erst an der berühmten und von den Hauptleuten gefürchteten »Majorsack«, sondern meist schon viel früher ein Ziel gesetzt. Zahlreiche Offiziere bringen es nicht einmal bis zum Hauptmann; sie müssen vielmehr schon als Leutnant oder Oberleutnant den bunten »Rock des Königs«, der vom Volke schwer bezahlt werden muß, mit dem schlichten Zivilkleide und den blanken Helm mit dem schwarzen Zylinderhute vertauschen. Dadurch werden zahlreiche Arbeitskräfte im besten Mannesalter und im Vollbesitz ihrer geistigen und körperlichen Kräfte freigestellt, die in irgend einem »standesgemäßen« Zivilberuf unterzukommen versuchen müssen, da sie in der Regel mit der ihnen von den Steuergrößen des Volkes gewährten Pension bei weitem nicht auskommen; obwohl diese wegen der großen Zahl der abgeschobenen Offiziere die Volksmassen außerordentlich schwer belastet, reicht sie natürlich zu einer »standesgemäßen« und eines Offiziers a. D. »würdigen« Lebenshaltung noch lange nicht aus. Die Herren versuchen sich daher, sobald sie zur Disposition gestellt bzw. entlassen sind, meist als Versicherungsagenten, Weinreisende oder in anderen ihrem Bildungsgrade, ihren Kenntnissen und Fähigkeiten entsprechenden bürgerlichen Berufen.

Die Regierung war aber ebenfalls redlich bemüht, den abgeschobenen Offizieren hilfreich unter die Arme zu greifen, ihnen die Suche nach einer zusagenden Zivilstellung nicht allein zu überlassen, sondern ihnen dabei soweit als möglich zur Hand zu gehen. Daher hat sie auch im Verein mit den bürgerlichen Reichstagsfraktionen bei der Ausarbeitung der Reichsversicherungsordnung den zur Disposition gestellten und mithin arbeitslosen Offizieren aller Grade die Bureaus der Träger der sozialen Versicherungszweige zu erschließen versucht. Sogar an die Krankenkassen stellt man jetzt die Zumutung, als Beamte an Stelle von Arbeitern, die in der Krankenversicherung erprobt und erfahren sind, abgeschobene Offiziere einzustellen. Diese Bemühungen werden vom 1. Januar 1914 ab, d. h. also nach dem Inkrafttreten des die Krankenversicherung betreffenden Teils der Reichsversicherungsord-

Alle für die Redaktion bestimmten Sendungen sind von jetzt ab zu adressieren an
PAUL BARTHEL, BERLIN N 24,
Eisasserstraße 86—88^{III}.

nung, in ausgedehntem Maße praktisch zu verwirklichen versucht werden. In jüngster Zeit ist auch eine lebhaft propaganda dafür entfaltet worden, ehemalige Leutnants, Hauptleute usw. in den Schreibstuben großer Handlungshäuser, Fabrikunternehmungen und ähnlicher Privatbetriebe unterzubringen. Da die Herren meist mit einem verhältnismäßig niedrigen Gehalt zufrieden sind, daß sie ja doch nur als Zusatz zu ihrer Pension benötigen, bilden sie für das Unternehmertum willkommene, billige Arbeitskräfte, für die Angestellten aber eine recht unangenehme, auf die Löhne und Gehälter drückende Konkurrenz, die sie soweit als möglich — allerdings meist erfolglos — vom Leibe zu halten versuchen.

Die Zahl der abgeschobenen, stellungslosen Offiziere scheint aber trotz aller dieser Bemühungen, sie in Zivilstellungen unterzubringen, immer noch bedeutend größer zu sein als die Nachfrage nach derartigen »militärisch geschulten« Arbeitskräften. Denn nur daraus läßt es sich erklären, daß man ihnen jetzt auch Stellen erschließen möchte, für die ihnen ganz und gar das Zeug abgeht und für die sie weder geeignet noch befähigt sind. Und es ist sehr interessant, daß man bei der Suche nach derartigen Stellen durchaus nicht »wählerisch« ist. Wendet man sich doch jetzt sogar schon an die — ††† Gewerkschaften mit der Bitte, freie Hilfsarbeiterposten den Herren inaktiven Offizieren offen zu halten! Wohl gemerkt: an die Gewerkschaften, die man sonst als die treuen Bundesgenossen der ebenfalls ††† Sozialdemokratie mit allen Mitteln bekämpft, in vielen Fällen, wie z. B. im Mansfelder Revier, sogar mit Hilfe von Soldaten und Maschinengewehren unter dem Kommando von Offizieren, für deren ehemalige Kameraden man jetzt um ein Unterkommen in den Gewerkschaftsbureaus in höflichster Form bittet.

Damit unsere Leser sehen, daß wir nicht etwa Spaß machen, und daß es uns durchaus fern liegt, ihnen etwas vorzureden, was sich nicht beweisen läßt, sei das folgende, an den »Titel. Verband der Lithographen, Stein drucker u. verw. Berufe, Sektion der graphischen Zeldner in Berlin SO 16, Engelufer 15a, Zimmer 67« adressierte Schreiben in seinem vollen Wortlaut wiedergegeben:

Banzhaff & Huckewitz.

Berlin SW 11, am 5. XI. 13.
Halleische Straße 20.

Sehr geehrter Herr!

Als Verleger der Zeitschrift »Das Offizierhaus« werde ich gebeten, Vakanz ausständig zu machen, welche sich für inaktive Offiziere eignen. Ich selbst beschäftige in meinem Be-

triebe zu meiner größten Zufriedenheit Herren aus dem Offizierstande.

Ich bitte Sie nun, falls Sie irgend eine Position, wenn auch nur als Hilfsarbeiter und vorläufig mit einem niedrigen Gehalt für den Innen- oder Außendienst haben oder von einer Vakanz Kenntnis bekommen, für die eine repräsentative, unverbrauchte, zur Ordnung und Disziplin erzogene Arbeitskraft nötig ist, mir davon Kenntnis zu geben und mir mitzutteilen, ob und welche besonderen Fähigkeiten verlangt werden.

Mit bestem Dank und vorzüglicher Hochachtung
(gez.) L. Banzhaff
I. F. Banzhaff & Huckewitz
Zeitungs-Ges. m. b. H.

Wir glauben, durch die Veröffentlichung dieser Zuschrift den Wahrheitsbeweis für unsere Behauptungen einwandfrei geführt und uns von dem Verdacht, unsere Leser mitten im November in den April schicken zu wollen, glänzend gereinigt zu haben. Von der Echtheit des Briefes kann sich jeder in unserer Redaktion überzeugen; er wird, wenn er das Schreiben im Original gesehen hat, am längsten ein ungläubiger Thomas gewesen sein.

Da in Berlin fast jedes Kind weiß, daß sich in Berlin SO 16, Engelufer 15, das rote Haus der Gewerkschaften, das Hauptquartier der Berliner Mitgliedschaften der Zentralverbände befindet, in dem sogar die Leitung der ganzen deutschen freien Gewerkschaftsbewegung, die *Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands*, ihren Sitz hat, ist kaum anzunehmen, daß die Firma Banzhaff & Huckewitz ihr Schreiben aus Versehen an diese Adresse gesandt hat. Außerdem ist aber auch unser *Verband der Lithographen, Stein drucker und verw. Berufe* als freie Gewerkschaft so bekannt, daß an eine Verwechslung nicht gedacht werden kann. Mithin bleibt nur übrig, daß man sich allen Ernstes für inaktive, stellenlose Offiziere um Posten als Hilfsarbeiter (!) für den Innendienst (vielleicht zum Adressen schreiben?) und für den Außendienst (etwa als Beitragssammler oder gar als Streikposten?) in den »unter der Botmäßigkeit der ††† Sozialdemokratie stehenden« freien Gewerkschaften bemüht.

Wir befürchten nur, daß diese Bemühungen erfolglos bleiben werden, da die Gewerkschaften für stellenlose Offiziere auch zur Besetzung von freien Hilfsarbeiterposten kaum Verwendung haben dürften. Sie lassen diese Stellen lieber ihren arbeitslosen Mitgliedern zukommen, die sich zweifelsohne besser dafür eignen, als ein entlassener Offizier. Sie werden auch dann kaum anderen Sinnes werden, wenn diese Herren Offiziere nicht nur »vorläufig mit einem niedrigen Gehalt«, sondern vielleicht (wenigstens für eine gewisse Zeit, bis sie sich »eingearbeitet« haben) ganz umsonst arbeiten wollten. Auch das wird die Gewerkschaften schwerlich zur Einstellung ehemaliger Offiziere veranlassen, daß diese über eine »repräsentative, unverbrauchte, zur Ordnung und Disziplin erzogene Arbeitskraft« verfügen. (Es ist übrigens sehr interessant, daß auch Offiziere mit unver-

brauchter Arbeitskraft zur Disposition gestellt wurden, wofür die Steuerzahler bluten müssen!) Die genannten Eigenschaften finden sich auch in der gewerkschaftlich geschulten Arbeiterschaft, die aber außerdem noch über Qualitäten verfügt, die zur Bekleidung von Ämtern und Stellungen in der Gewerkschaftsbewegung unbedingt nötig sind, die aber den stellenlosen Offizieren wohl meist abgehen dürften. Das Bemühen der Firma Banzhoff & Hudewitz, inaktive Offiziere in den Bureaus der Gewerkschaften unterzubringen, wird daher wohl vergeblich bleiben. Es freut uns aber, daß man die Hilfsarbeiterposten in den Gewerkschaften auf jener Seite als für Offiziere geeignete Stellungen ansieht. Man darf doch dann wenigstens hoffen, daß in der Verwendung von Soldaten und Offizieren im Kampfe gegen die Gewerkschaften von jetzt ab manches anders werden wird.

Rundschau.

Zwei schwere Verluste hat unsere Organisation erlitten. In Dresden verstarben zwei in weiteren Kollegenkreisen bekannte treue Mitkämpfer unseres Verbandes und der Arbeiterbewegung überhaupt, die Kollegen Lithograph Alfred Pöhler und Photograph Georg Reinhardt. Kollege Pöhler war in den letzten zehn Jahren in allen Städten, in denen er konditionierte, organisatorisch und agitatorisch tätig und gehörte verschiedenen Ortsvereinigungen an. In Dresden war er mehrere Jahre Vorsitzender der Lithographenfiliale. Das Vertrauen der Kollegen sandte ihn auch 1909 auf die Halleische Konferenz und später auf die Hamburger Generalversammlung. Die Ungunst der Berufsverhältnisse warf ihn aus der Heimat nach Paris, wo er sofort wieder für den Eintritt der deutschsprachigen Kollegen in unsere französische Bruderorganisation eintrat. Er war von fester Überzeugungstreue, die ihn zu einem Manne der Tat im Verbandsleben machte. Schwer erkrankt kehrte er zu seinen Eltern heim und eine Woche später raffte ihn der Tod dahin. — Georg Reinhardt war einer der bekanntesten Vorkämpfer der deutschen Photographenbewegung. Schon als Zwanzigjähriger sah man ihn eine eifrige Tätigkeit für die Hebung der Berufs- und Lebensverhältnisse der Photographen ausüben. Sein reges Temperament und sein Arbeitseifer unterstützten ihn dabei besonders. Nach den Organisationsstreitigkeiten der Photographen 1906 war er der Führer der hauptsächlich in Sachsen dominierenden zweiten Organisation. Aber nach Erkennen der Notwendigkeit, sich wieder zu vereinigen und den Bruderzwist aufzugeben, gehörte er zu den einigenden Elementen. Und als die Verschmelzung der Photographen mit unserem Verbandsverband vorgenommen war, tat er auch in der großen Organisation sein Möglichstes, die Photographen zu Lohn- und Lebenskämpfern zu erziehen und zu erwecken. Auf Gautagen und auf der Hamburger Generalversammlung trat er besonders hervor. Stark talentiert, war er jahrelang in Sachsen einer der gesuchtesten Partei- und Gewerkschaftsredner. Um der tödlichen Krankheit Herr zu werden, ging er in eine Lungenkur, wo ihn ein Blutsturz schnell und plötzlich dahintrug. Das Andenken beider Kollegen in Ehren!

Dem Tiefdruck-Syndikat, dessen Begründung wir in Nr. 44 der »Graph. Presse« bekanntgaben, gehören nach den »Leipziger Neuesten Nachrichten« folgende Firmen an: Internationale Tiefdruck-Gesellschaft m. b. H. in Berlin; Rotogravur, Deutsche Tiefdruck-Gesellschaft m. b. H. in Berlin; Meriens Tiefdruck G. m. b. H. in Berlin; Tiefdruck G. m. b. H. in Berlin; Photogravure Rotative in Paris; Eisäsaalische Maschinenbau-Gesellschaft in Mülhausen; Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, A. G. in Augsburg; Schnellpressenfabrik König & Bauer G. m. b. H. in Würzburg; Maschinenfabrik Johannsberg G. m. b. H. in Gelsenheim (Rhein); Kempewerk in Nürnberg; Etablissement Marinoni in Paris. Es besorgt den ganzen geschäftlichen Verkehr für sämtliche Syndikatsmitglieder, mit Ausnahme der Photogravure Rotative und der Firma Marinoni, beide in Paris.

Ein Schicksalsschlag. Unter dieser Spitzmarke berichteten wir in Nr. 43 von dem Konkurs der Wiedemannschen Hofbuchdruckerei in Saalfeld a. S. Wie jetzt das »Leipz. Tagebl.« berichtet, beziffert sich die Unterbilanz auf mehr als 700.000 Mk., also fast dreiviertel Millionen. Die Gläubiger dürften etwa 50 Prozent ihrer Forderungen zu erwarten haben. Der Betrieb wird einstweilen weitergeführt.

In der Druckpapierindustrie droht jetzt ein schwerer Preiskampf auszubrechen. Am 30. Oktober fand in Berlin eine Versammlung der Vertreter der deutschen Druckpapierindustrie statt, die nahezu vollständig besucht war. Sie beschloß einstimmig, zum Zwecke der Erzielung besserer Preise für die nächsten Monate eine Einschränkung der Erzeugnisse sämtlicher Fabriken eintreten zu lassen. Mit diesem Beschluß befaßte sich bereits am 1. November eine Versammlung des Vorstandes und der Delegierten des Vereins deutscher Zeitungsverleger,

die den Beschluß der Druckpapierfabrikanten ebenso einstimmig, wie er zwei Tage vorher gefaßt worden war, verworfen und ihn als eine schwere Schädigung der Interessen der deutschen Zeitungsverleger und der gesamten Volkswirtschaft bezelneten. Man beschloß, die Papiereinkaufsstelle des Vereins deutscher Zeitungsverleger energisch zu fördern und, soweit irgend möglich, gegenwärtig Papierkäufe überhaupt nicht vorzunehmen, keinesfalls aber auch nur die geringste Preiserhöhung zu bewilligen, da die Marktlage dies in keiner Weise rechtfertige. Der Vorstand wurde beauftragt, bei sämtlichen Zeitungsverlegern Deutschlands in der angegebenen Richtung aufklärend zu wirken. Zu dem drohenden Preiskampf bemerkt die »Buchbinderei-Zeitung« zutreffend: »Die Folgen dieser hier von den Vertretern der Druckpapierindustrie angekündigten Produktionseinschränkung zum Zwecke der Preiserhöhungen werden natürlich wieder in erster Linie von den Arbeitern der Papierfabrikation und der Papierverarbeitung in Gestalt verminderter Arbeitsgelegenheit getragen werden müssen.« Sie empfiehlt daher den in Frage kommenden Gewerkschaften der Fabrikarbeiter, Buchdrucker, Steindruck, Buchbinder, Druckereihilfsarbeiter usw., nicht ruhig zuzuschauen, sondern ebenfalls durch eine gemeinsame Aktion gegen die Produktionseinschränkung zu protestieren. Unser Verband wird sich dabei jedenfalls nicht ausschließen.

Auch die Papierwarenfachverbände haben sich eingehend mit der Frage beschäftigt, wie die Profite erhöht werden könnten. Zu diesem Zwecke fand auf Einladung des Deutschen Papiervereins, die an sämtliche ihm bekannten Vereine und Verbände des Papierfaches gerichtet war, am 2. November in Berlin eine Beratung statt, die zur Einsetzung eines Zentralausschusses der Papierwarenfachverbände führte. Als Hauptziel dieses Zentralausschusses wird das Durchsetzen fester Verkaufspreise sowie das Verhindern von Unterbietungen angegeben.

Photographie und Kinematographie, diese junge lebenskräftige Schwester, werden auf der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914 in einer umfassenden Sonderausstellung zur Darstellung kommen. Die große Aufwärtsbewegung zumal der Kinematographie und das besondere Interesse des großen Publikums für das Wesen des Films lassen eine eingehende Vorführung gerechtfertigt erscheinen, die historische Entwicklung und die Technik des Kinematographen auf seinem Wege vom alten »Lebensrad« bis zur Lichtspielkunst unserer Zeit, die Darstellung der Aufnahme- und Wiedergabetechnik des Kinematographischen Filmbildes, die Versuche zur Erzielung des farbigen Natureindrucks, die Anwendung der praktischen Kolorierverfahren, die Mikrokineatographie und endlich die Verwendungsmöglichkeiten des Films für alle Gebiete der Wissenschaften, soll durch eine fachwissenschaftliche Abteilung vorgeführt werden. Die zweite Abteilung nimmt die kinematographische Industrie und zwar die Filmfabrikation, den Apparatebau und die Hilfsmaschinen sowie eine Kinoplakatschau auf. Ein großes, 600 Personen fassendes Lichtspieltheater wird in seinen Vorführungen zeigen, welche hohe Stufe der Vollkommenheit das kinematographische Filmbild erreicht hat und welchen Reiz gute Filmvorführungen auf das Publikum ausüben.

Ein unfreiwilliges Geständnis. Unter dieser Überschrift wird dem »Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften« vom Essener gelben »Werkverein« freundschaftlich ein fataler Schnitzer unter die Nase gehalten, der dem christlichen Organ bei der Mohrenwäsche an der Leitung des christlichen Textilarbeiterverbandes unterlaufen ist. Das christliche Blatt hatte in seiner Nr. 21 geschrieben: »Der frühere Beamte des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands, Wilhelm Röhling, ist von dessen Vorstand entlassen worden. Von Rechts wegen! Uns ist von den mehr als 350 Beamten der christlichen Gewerkschaftsbewegung keiner bekannt, der an Faulheit, Unfähigkeit positive organisatorische Arbeit zu leisten, und an persönlichen unsympathischen Eigenschaften an Röhling herantretet.« — Darob der »Werkverein« meint: »Da muß ja das Zentrumsblatt noch eine ganze Reihe von christlichen Beamten kennen, die zwar an Faulheit und Unfähigkeit, sowie an persönlichen unsympathischen Eigenschaften an Röhling nicht herantretet, aber — doch über ein hübsches Päckchen der ganzen Vorzüge verfügen. Uns will auch dünken, als lauten ziemlich viel derartiger Musterknaben in der christlichen Gewerkschaftsbewegung herum.«

Der Nahrungsmittelaufwand ging nach den Calwerschen Indexziffern im Monat September wieder um die Kleinigkeit von 0,05 Mk. zurück; während sie im August 25,83 Mk. betrug, bezifferte sie sich im September auf 25,78 Mk. Im September 1912 betrug die Indexziffer noch 26,63 Mk., so daß sie im gleichen Monate dieses Jahres um 0,85 Mk. niedriger war. Sie war aber 1913 immer noch um 1,01 Mk. höher als im September 1911, in welchem sie nur auf 24,77 Mk. stand.

Ein Schreckensurteil fällt die Strafkammer in Erfurt, die den Gewerkschaftsbeamten Karl Kröner wegen Beleidigung eines Arbeitwilligen durch das Wort »Streikbrecher« zu — fünf Monaten Gefängnis verurteilt. In der Begründung dieses gradezu un-

geuerlichen Urteils wird gesagt: »Es handelt sich also um das schlimmste Schimpfwort, das einem Arbeiter gegenüber gebraucht werden kann. In solchem Sinne wird dieser Ausdruck allgemein bei den Streikenden gebraucht und als Ausdruck der größtmöglichen Verachtung ist er von dem Angeklagten gebraucht worden. Als Erschwerungsgründe führte das Gericht dann noch an, daß die Beleidigung während eines Streiks erfolgte, und daß der Angeklagte bereits wegen Streikvergehens bestraft ist. — Bei der Revisionsverhandlung vor dem Reichsgericht führte der Verteidiger an, daß zu Unrecht § 185 statt des § 186 angewendet worden sei, ferner, daß zu Unrecht dem Angeklagten der Schutz des § 193 nicht zugebilligt sei. Das Reichsgericht erkannte jedoch mit Rücksicht auf die unantastbaren tatsächlichen Feststellungen auf Verwerfung der Revision. Jedes weitere Wort zur Kennzeichnung dieses Urteils und seiner Begründung dürfte überflüssig sein. Zieht doch sogar das gutbürgerliche »Berl. Tagebl.« daraus den Schluß: das Urteil gelte, wie wenig die Behauptung der Wirtschaftsreaktionäre, daß der Arbeitwilligenschutz ungenügend sei, in den Tatsachen seine Begründung findet; es bemerkt weiter: »Wenn solche Urteile auf Grund der bestehenden Gesetze möglich sind, so gehört schon ein robustes Gewissen dazu, um noch nach Ausnahmegesetzen zu rufen.« Das »Deutsche Steindruckgewerbe«, das sich zur Zeit wieder durch eine Artikelfolge »Zum Kapitel Arbeitwilligenschutz« kramphhaft um den Nachweis bemüht, daß dieser Schutz ungenügend sei, hat dieses »robuste Gewissen«. Kein Mensch wird das Schutzverbandsblatt darum beneiden.

Tabakarbeiteraussperrung in der G. E. G. Kaum ist der Konflikt zwischen der Geschäftsleitung und den Buchdruckern der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine beigelegt, so wird schon wieder über einen kaum glaublichen Zwischenfall in einem anderen Genossenschaftsbetriebe berichtet. Nach der »Leipz. Volksztg.« hat nämlich die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, Abteilung Zigarrenfabriken, im Filialbetriebe Frankenburg i. S. am 4. November kurzerhand »sämtliche Rollen und Wickelmacher ausgesperrt, weil die Rollen mit der Einführung einer Änderung beim Ablefern, die sie als unbezahlte Mehrarbeit auffassen müssen, nicht einverstanden waren. Die Arbeiter forderten, daß die Großverkaufsgesellschaft, die erklärte, wer sich den Anordnungen nicht füge, sei entlassen, zunächst den »Instanzenweg« zu gehen habe. Die Großverkaufsgesellschaft erklärte aber, daß alle Rollen sofort entlassen seien.« Entspricht diese Meldung den Tatsachen, dann kann das Verfahren der G. E. G. nicht scharf genug verurteilt werden, da dadurch nicht nur der Arbeiterbewegung im allgemeinen, sondern besonders auch der Genossenschaftsbewegung schwerer Schaden zugefügt wird. — Inzwischen haben die Differenzen, wie die Parteilpresse berichtet, am 8. November (Sonntag) in Hamburg zu Verhandlungen zwischen der Geschäftsführung der G. E. G. und dem Zentralvorstand des Tabakarbeiter-Verbandes geführt. Es wurde folgender Vergleich geschlossen: Die Arbeiter nehmen am Montag früh die Arbeit wieder auf. Die Streitpunkte werden einem Schiedsgericht unterbreitet, dessen Entscheidung für beide Teile bindend ist.

Dr. Alfred Russel Wallace, der letzte der großen englischen Wissenschaftler des 19. Jahrhunderts, ist am 8. November im Alter von 90 Jahren friedlich verstorben. Seinen hauptsächlichsten wissenschaftlichen Ruhm verdankt der Verstorbene der Tatsache, daß er zur selben Zeit wie Darwin die Lehre von der natürlichen Zuchtwahl aufstellte, obwohl er mit seltener Bescheidenheit diesen Ruhm stets von sich wies, den er ganz seinem lieben Freunde Darwin zusprach. Aber Wallace ging nicht ganz in seinen Forschungen auf, die sich über weite Gebiete der Wissenschaft erstreckten; er nahm einen überaus regen Anteil an dem öffentlichen Leben. In den achtziger Jahren war er Vorsitzender der Gesellschaft für Verstaatlichung des Grund und Bodens. Er schrieb und agitierte gegen den Impfwang. Vom Jahre 1889 an bekannte er sich offen als Sozialist. Schon in früher Jugend kam er als junger Landmesser mit dem Sozialismus in Berührung. In der Halle der Wissenschaft in London lauschte er den Vorträgen Owens, dessen Einfluß in seinen letzten Schriften und Äußerungen noch deutlich wahrzunehmen ist. Bis zu seiner letzten Stunde war dieser große alte Mann der Wissenschaft ein feuriger und unerschröcker Anwalt der sozialen Gerechtigkeit, und die Arbeiterschaft konnte zu allen Zeiten in ihren Kämpfen auf seinen Beistand rechnen. In ihm verliert die Welt einen Mann von seltenen Geistesgaben, dessen regsame Geist die fruchtbarste wissenschaftliche Forschung mit einer lebendigen Anteilnahme an dem Leben des Volkes zu verbinden vermochte. Niemand wird seinen Tod mehr bedauern als das Proletariat.

Aus dem Auslande.

Belgien. Wie die »Neuen graph. Nachr.« berichten, geben unsre belgischen Kollegen seit April für ihre Mitglieder ein Fachorgan unter dem Titel »Senefelder« heraus. Die Redaktion des Blattes wurde Kollegen F. Poels (Brüssel) übertragen. Es erscheint monatlich einmal. Wir begrüßen den neuen Mitkämpfer in unseren Reihen auf das herzlichste; möge er bald zahlreiche Erfolge aufweisen.

Schweiz. Der Zentralvorstand des »Schweizerischen Lithographenbundes« gibt im »Genefelder« folgendes bekannt: Gestützt auf den klaren Wortlaut unseres Landestarifes, der »Berufsordnung für das Lithographie-Gewerbe und verwandte Berufe der Schweiz« (Licht-, Stahl- und Kupferdruck, Chemigraphie), machen wir die Mitglieder des Schweiz. Lithographenbundes und die Mitglieder unserer ausländischen Bruderverbände erneut darauf aufmerksam, daß sämtliche nichttarifreue Firmen für die Kollegen aller Branchen gesperrt sind. Konditionsannahme in einer nichttarifreuen Anstalt bedeutet Streikbruch und zieht den sofortigen Ausschluss aus der Organisation nach sich. Wir bitten die Mitglieder, die Sektionsvorstände, Auskunftserteiler und die Redakteure der ausländischen Bruderorgane, von der vorstehenden Bekanntmachung Notiz nehmen zu wollen. Als nichttarifreue Firmen, die dauernd oder vorübergehend Gehilfen beschäftigen und hin und wieder in den Fall kommen, Arbeitskräfte zu suchen, nennen wir ihnen besonders folgende Firmen:

- Aarau: Alwin Schädle, Lithographie.
- Dottikon (Kt. Aargau): Müller, Lithographie.
- Basel: A. Dietsheim, Lichtdruckerel; H. Schärer, Lichtdruckerel; H. Speiser, Lichtdruckerel. Paul Bättig, Lithographie.
- Freiburg: F. Memminger, Lithographie; Montbaron, Chemigraphie;
- Neuenburg: Atar, Lithographie; Sadag, Chemigraphie und Lichtdruck;
- Genf: Sonor; Durcet & Kissling, Chemigraphie.
- Einsiedeln: Benziger & Cie. (alle Branch.)
- Kreuzlingen: Ernst Schwank, Lithographie.
- Zürich: Frey & Wiederkehr, Lithographie und Chemigraphie; Hager & Pesavento, Chemigraphie; Armbruster, Chemigraphie.

Generalversammlungen und Kongresse.

Internationaler Steinarbeiterkongress. Der IX. internationale Steinarbeiterkongress fand am 12. und 13. Oktober in Brüssel statt, auf dem 7 Länder mit rund 60000 Mitgliedern vertreten waren. Er befaßte sich u. a. mit dem Unterstützungswesen und den Unterstützungsaktionen der Verbände, mit der Auswanderung und der internationalen Gegenseitigkeit, mit der Vereinheitlichung der Mitgliedsbücher, mit dem Zusammenschluß aller internationalen Vereinigungen, mit der Förderung gesetzlicher Schutzbestimmungen für Steinarbeiter usw. Als Sitz des internationalen Sekretariats wurde Zürich bestimmt und der Verband der Schweiz mit der Stellung des Sekretärs betraut.

Kanada. Dem 29. kanadischen Gewerkschaftskongress wohnten nach der Internationalen Gewerkschafts-Korrespondenz 331 Delegierte sowie Gäste aus den Vereinigten Staaten und England bei. Diesem vertrat der Kongress 80801 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter gegen 80381 im Jahre 1901, die alle den sogenannten »Internationalen Verbänden«, die sich auch über die Vereinigten Staaten erstrecken, angehören. Daber beschäftigte sich der kanadische Kongress in der Hauptsache nur mit sozialpolitischen Fragen. Ausführlich wurde auch der verzweigte Kampf der Bergarbeiter in Vancouver, gegen die Unternehmer und Regierung mit Hilfe des Militärs in echt amerikanischer Weise vorgehen, behandelt und die Arbeiterschaft zur weitgehendsten Unterstützung dieses Kampfes aufgefordert. Auch der Frage der Einwanderung wurde besondere Aufmerksamkeit gewidmet, da das Land von arbeitslosen Industriearbeitern durch die Agenten der Unternehmer geradezu überschwemmt wird und diese Reservarmee der Industrie zu einer immer größeren Gefahr für die Arbeiterschaft in Lohnkämpfen wird.

Soziale Monatsschau.

Berlin, den 10. November 1913.

Konflikt zwischen Ärzten und Krankenkassen: ergebnislose Verhandlungen; außerordentlicher Arztetag; Kampfansage der Ärzte; Vertretersitzung der Krankenkassenverbände; Aufnahme des Fehdehandschuhes; Krankengeld und Arztehonorare; der drohende Generalstreik der Ärzte.

Der Konflikt zwischen den Ärzten und den Krankenkassen, über den wir in der sozialen Monatsschau laufend berichtet haben, hat in der letzten Berichtsperiode eine neue Verschärfung erfahren. Es hat den Anschein, als sei eine Einigung kaum noch möglich und als werde mit dem Inkrafttreten der auf die Krankenversicherung bezüglichen Bestimmungen der Reichversicherungsordnung am 1. Januar 1914 auch der Beginn eines Generalstreiks der Ärzte gegen die Krankenkassen verbunden sein.

Die Verhandlungen, die Ende September und im Oktober zwischen den großen Krankenkassenverbänden und dem deutschen Ärztevereinsbunde sowie seiner wirtschaftlichen Abteilung, dem Leipziger Verbände, stattgefunden haben, blieben ergebnislos, obwohl ihr Verlauf zuerst einen Friedensschluß erhoffen ließ. Zum Scheitern der Verhandlungen hat hauptsächlich die von den Ärzten geforderte freie Arztwahl beigetragen, gegen die an sich gewiß nichts einzuwenden wäre, wenn sie nicht in der vom Ärzteverbande propagierten Form darauf hinausläufe, die Kassen zum Schaden der

Versicherten intensiv zu schröpfen. Die freie Arztwahl, wie sie von den Ärzten gedacht ist und angestrebt wird, bedeutet nicht etwa, daß alle Ärzte am Ort oder alle Mitglieder des Ärzteverbandes von den Kassenmitgliedern konsultiert werden dürfen; dieses Recht soll sich für die Versicherten nur auf die Ärzte beschränken, die sich zur Behandlung von Kassenmitgliedern bereit erklären. Sobald ein Arzt glaubt, der Kassenpraxis nicht mehr zu bedürfen, soll er das Recht haben, sich die Kassenpatienten vom Leibe zu halten. Die Erfahrungen haben bereits gelehrt, daß dieses System der freien Arztwahl die Krankenkassen außerordentlich belasten würde, sodaß sie gezwungen wären, sich auf die Gewährung der gesetzlichen Mindestleistungen an ihre Mitglieder zu beschränken. Das liegt aber auf keinem Fall im Interesse der Versicherten, das von den Kassen in erster Linie wahrgenommen werden muß; denn schließlich sind doch die Kassen nicht der Ärzte, sondern der Versicherten wegen da.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen fand am 26. Oktober in Berlin ein vom Leipziger Ärzteverband veranstalteter außerordentlicher Arztetag statt, auf dem die Wogen der Kampfbegeisterung gewaltig hoch gingen. Man faßte mit überwältigender Mehrheit den Beschluß, den Kampf gegen die Kassen mit aller Schärfe aufzunehmen. Die mit 454 gegen 4 Stimmen angenommene Resolution hat folgendes Wortlaut:

»Nachdem die fünf verbündeten Krankenkassenverbände es abgelehnt haben, sich mit der Vertretung der Ärzte über den ihnen vorgelegten Friedensvorschlag zu einigen, einen Vorschlag, in dem ihnen die Ärzte bis an die äußerste Grenze des Möglichen entgegengekommen sind, bleibt den im Deutschen Ärztevereinsbunde und seiner wirtschaftlichen Abteilung, dem Leipziger Verbände, vereinigten Ärzten nichts anderes übrig, als mit dem Tage des Inkrafttretens der neuen Krankenversicherung den ihnen aufgedrungenen Kampf gegen die Kassenverbände aufzunehmen. Sie tun dies in voller Einmütigkeit und dem sicheren Bewußtsein, nichts unversucht gelassen zu haben, um die Träger der sozialen Versicherung vor einer zweifellos schweren Erschütterung zu bewahren. An dem Starsinn und dem Hochmut der Führer im Krankenkassenwesen sind ihre ehrlichen Bemühungen gescheitert und ihre besten Absichten zerschellt. Deshalb macht es der am 26. Oktober im »Rheingold« zu Berlin versammelte außerordentliche deutsche Arztetag, auf dem 384 Ärztevereine von 458 Abgeordneten mit 21207 Stimmen vertreten sind, jedem einzelnen Arzt und jeder örtlichen Ärztevertretung zur heiligen Pflicht, von jetzt ab mit keiner Krankenkasse einen Vertrag abzuschließen, und die kassenärztliche Versorgung aller früheren wie auch der neu hinzutretenden Versicherten unbedingt abzulehnen. Nur die ärztliche Vertragstätigkeit muß aufhören, das gesundheitliche Interesse der Versicherten wird in keiner Weise beeinträchtigt. Die Kranken werden die Hilfe ihres Arztes nach wie vor finden, unelingsgedrängt, nur ohne die Einmischung einer Kassenverwaltung. Den Krankenkassen kann unter der Voraussetzung der Unerfüllbarkeit der ärztlichen Forderungen von ihren Aufsichtsbehörden das Recht verlihen werden, den Versicherten an Stelle der freien ärztlichen Behandlung, eine Barentschädigung zu gewähren. Dieses Recht sollen sie so lange ausüben, bis den ärztlichen Organisationen die Gewähr gegeben ist, daß die Kassenärzte ihrem Beruf wieder unabhängig, frei von unsäglichem Beeinflussung und unter angemessenen Bedingungen nachgehen können. Wann dieser Zeitpunkt gekommen sein wird, wird der Geschäftsausschuß des Deutschen Ärztevereinsbundes festsetzen, und er wird das nicht eher tun, als bis sich die kassenärztlichen Verhältnisse ausnahmslos, selbst im kleinsten Ort und im entgegenstehenden Winkel, zur vollen Zufriedenheit der organisierten Ärzte ordnen lassen. Wenn bei alledem der Gedanke der Sozialversicherung und die Krankenversicherung selbst Schaden erleiden und vielleicht die Selbstverwaltung der Versicherungsträger in Gefahr gerät, so haben die Führer der Kassenverbände durch ihr kaltes Zurückweisen der ihnen gebotenen Friedeshand die Verantwortung allein zu tragen.«

Daß die Ärzteorganisation den Versuch machen würde, sich als die verfolgte Unschuld hinzustellen und gegen die Krankenkassenverbände und ihre verantwortlichen Führer — die, weil sie es mit ihrer Verantwortung gegenüber den Mitgliedern, wirklich ernst nehmen, die unerfüllbaren Zumutungen der Ärzte zurückweisen mußten — mit allen Mitteln zu hetzen, war von vornherein zu erwarten. Daß man aber die Öffentlichkeit so irrezuführen versucht, wie es durch die Resolution geschieht, ist mindestens ein starkes Stück. Die Krankenkassenverbände blieben denn auch die Antwort auf die Kampfansage der Ärzte nicht schuldig; sie nahmen in ihrer am 27. Oktober in Berlin abgehaltenen Vertretersitzung den Fehdehandschuh auf und beschlossen eine Erklärung abzugeben, die wie folgt lautet:

»1. Auf dem Arzte tage am Sonntag haben die Ärzteorganisationen beschlossen, keine Verträge mehr mit den Krankenkassen einzugehen. Sie wollen die erkrankten Versicherten nur noch als Privatpatienten behandeln, und es empfindet der Vorsitzende des Leipziger Ärzteverbandes sogar, dieses nur gegen Vorausbezahlung zu tun. Dieses

Vorgehen bedeutet den allgemeinen Kampf gegen die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung, und den Generalstreik diesen gegenüber. Es wird jetzt das ausgeführt, was bereits am 18. Februar 1912 die Ärzteorganisationen offiziell beschlossen haben: »Zur erfolgreichen Durchführung der Beschlüsse des Stuttgarter Arztes Tages sind die bisherigen Einzelkämpfe zu vermeiden. Es ist vielmehr ein gleichzeitiges geschlossenes, gleichmäßiges und einheitliches Vorgehen aller kassenärztlichen Lokalorganisationen unerläßlich.«

2. Es entspricht nicht der Wahrheit, daß den Ärzten der Kampf von den Krankenkassen aufgedrungen worden ist. Die Krankenkassen haben keine Forderungen an die Ärzte gestellt, wohl aber die Ärzteorganisationen sehr viele und ganz unangemessene an die Krankenkassen. Die Kassen befinden sich lediglich in der Abwehr. Einigungsverhandlungen sind gescheitert, weil die Ärzteorganisationen allgemein die Durchführung der freien Arztwahl bei den Kassen durchsetzen und das Kassenarztssystem nur noch ausnahmsweise und für eine kurze Übergangszeit bestehen lassen wollen. Der Arzt selbst sollte nach den Vorschlägen der Ärzte nur durch die Organisationen zur Kassenpraxis zugelassen werden. Die Abstufung der Honorare sollte nach der Einnahme der Versicherten erfolgen; alle Arztverträge sollten zum gleichen Zeitpunkt ablaufen. Diese Forderungen der Ärzteorganisation wurden als Mindestforderungen bezeichnet. Bei dieser Regelung würde den nach dem Gesetz verantwortlichen Kassenvorständen der Einfluß auf die Kassenverwaltung genommen werden. Die Kassen würden schließlich nur noch Beiträge aufzubringen haben, um die durch die Ärzte verfügten Ausgaben zu decken. Für eine Gestaltung der Verhältnisse, die die Kassen den Ärzteorganisationen so ausliefert, kann kein Kassenvertreter die Verantwortung übernehmen.

3. Wenn behauptet wird, daß die Krankenkassen mit der Ärzteorganisation nicht verhandeln, diese vielmehr zerrümpeln wollten, und den sogenannten Herrenstandpunkt einnehmen, so entspricht nur das Gegenteil der Wahrheit. Die Kassen haben bei den Einigungsverhandlungen Vorschläge gemacht, die unzweifelhaft ergeben, daß sie im Interesse des Friedens in weitestgehender Weise Beschränkungen in ihren gesetzlich gewährtesten Rechten zugunsten der Ärzteorganisationen vornehmen wollten. Bezeichnend ist, daß diese Vorschläge der Kassen nicht nur glattweg abgelehnt, sondern fast toteschwiegen werden.

4. Die Vertreter der Krankenkassen sind in Anerkennung der hohen Bedeutung des Arztberufes den Ärzten soweit entgegengekommen, als es die ihnen auferlegte Verantwortung und die Wahrung der ihnen anvertrauten hochwichtigen Interessen der öffentlich-rechtlichen Krankenversicherung zuließen. Die Krankenkassen sprechen deshalb die Erwartung aus, daß sich die Behörden und der Gesetzgeber durch die Ärzteorganisationen nicht einschüchtern lassen und unangemessene Forderungen der Ärzteorganisationen ablehnen werden. Es handelt sich um die Entscheidung, ob die Interessen eines einzelnen Berufsstandes über das Wohl von Millionen von Versicherten gestellt werden sollen.

Zur besseren Beurteilung der Ursachen, die die Krankenkassen veranlassen, die Forderungen der Ärzte zu bekämpfen, kann nachstehende Übersicht über die Entwicklung der Kassen, vor allem das Verhältnis der Kosten für ärztliche Bemühungen zu den Gesamtausgaben, zweifellos gute Dienste leisten. Es wurden von sämtlichen Krankenkassen für die aufgeführten Zwecke verausgabt Mark:

	1895	1907	1911
Ausgaben insgesamt	52646856	299094756	357468396
Darunter Krankengeld	31440897	121416115	153582976
Arztehonorar	12523435	63325782	83754224

Die Gesamtausgaben sind in der angegebenen Zeit auf das Siebenfache, die Ausgaben für Krankengeld auf das Fünffache, die für ärztliche Bemühungen wieder auf das Siebenfache gestiegen. Die Zahl der Mitglieder erhöhte sich in derselben Zeit von 3,7 Millionen auf 13 Millionen, also auf das 3½fache. Ein anschauliches Bild von der Entwicklung gibt noch die folgende Aufstellung. Pro Mitglied betragen die Ausgaben in Mark:

	Überhaupt	Arztehonorar	Krankengeld
1885	14,12	3,36	8,70
1907	24,64	5,22	10,—
1911	28,82	6,15	11,28

Das Arztehonorar pro Kassenmitglied ist seit 1885 um 2,79 Mk., gleich 83 Proz. gestiegen. Die Krankengeldbezüge stiegen nur um 2,58 Mk., gleich 29 Proz. Der Generalstreik der Ärzte, der bei diesem Stande der Dinge am 1. Januar 1914 in Aussicht steht, wird allerdings kaum vollständig sein, da in einer ganzen Reihe von Orten, so vor allen Dingen in Berlin, in Dresden, in Breslau usw. die ärztliche Hilfe für die Versicherten auf dem Wege der Verhandlung und friedlichen Verständigung oder durch die feste Anstellung einer ausreichenden Zahl von Ärzten bereits gesichert ist. In einer Anzahl anderer Orte ist eine Einigung mit den Ärzten oder eine anderweitige Regelung der Arztfrage bis zum Ablauf dieses Jahres noch zu erwarten. Wo es aber zum Kampfe kommen sollte, werden die Versicherten entschlossen hinter den Kassenleitungen stehen, um ihre Interessen gegenüber den maßlosen Ansprüchen der Ärzte entschieden zu verteidigen. Δ

Handelspolitik und Schutzzölle.

III

Die Verbrauchsabgaben und Prämien faßt man allgemein unter dem Namen »Liebesgaben« zusammen. Zölle und Handelsverträge haben die Aufgabe, auf die Preisgestaltung einzuwirken, während die Liebesgaben ohne Rücksicht auf die Herstellung nur den Produzenten einen Extraprofit bringen sollen. Sie sind ausgesprochenermaßen eine Gabe der Liebe, gegeben ohne einen persönlichen Vorteil der Steuerzahler. So einfach das Problem ist, so wenig wird es von der großen Masse verstanden.

Es handelt sich hier um eine Rückvergütung. Beim Zucker wird z. B. eine Verbrauchsabgabe erhoben von 20 Mk. für den Doppelzentner. Der Produzent muß also für jeden von ihm hergestellten Doppelzentner Zucker 20 Mk. Steuer zahlen. Für jeden Doppelzentner, der ausgeführt wird, wird eine Prämie zurückgezahlt, die berechnet wird nach dem Verbrauch an Zuckerrüben. Man nimmt an, daß aus 20 Zentner Rüben 1 Zentner Zucker gewonnen wird. Das Gesetz bestimmt: für jeden Zentner Zucker, der ausgeführt wird, bekommt der Ausführende eine Prämie, damit ihm die Steuer ersetzt wird. Der Produzent zahlt die Steuer nach dem Quantum Rüben, erhält die Prämie aber nach dem geleisteten Zuckerquantum. Der Zuckerproduzent hat nun nur nötig, aus derselben Rübenmenge mehr Zucker zu gewinnen, um aus der Prämie einen Extraprofit herauszuschlagen. Nun ist es so wohl bekannt, daß jetzt für einen Zentner Zucker nur noch 6 1/2 Zentner Rüben gebraucht werden. Aus 20 Zentner Rüben gewinnt man jetzt nicht mehr wie früher einen, sondern drei Zentner Zucker, so daß der Produzent jetzt bei der Ausfuhr nicht mehr eine Prämie von nur 20 Mk., sondern von 60 Mk. erhält, also 40 Mk. mehr als die Steuer ausmachte.

Von 1870 bis 1896 sind dadurch in die Taschen der Zuckerrafinerien über 2 Milliarden Mark geflossen. So konnte es kommen, das in England das Pfund um 20 Pfg. billiger war als in Deutschland, das den Zucker ausführte. Ende 1890 hatten fast alle Kulturländer die Zuckerprämie eingeführt. Im Jahre 1902 wurde durch die internationale Konferenz die Zuckerprämie aufgehoben.

Ein anderes Beispiel ist die Branntweinliebesgabe. Sie besteht darin, daß die Produktion von Spiritus begrenzt wird. Es ist ein festgesetztes Kontingent geschaffen. Bis zu dieser Grenze kostet der hektoliter Branntwein etwa 13 Mark Steuern. Nun kann es ja vorkommen, daß jemand über diese Grenze hinaus produziert. Für dieses mehr produzierte Quantum muß er aber nicht 13 Mark, sondern 20 Mk. zahlen. Nun sind es gerade die Schnapsbrenner, die selbst darauf dringen, daß diese Mehrbesteuerung stattfinden soll. Und zwar deshalb, weil diese Verbrauchsabgabe die Wirkung hat, daß die Brenner den Preis darnach ansetzen können, wie der Überschuß der Produktion zur Steuer herangezogen wird. Sie haben es somit in der Hand, auch das minderbesteuertere Kontingent ebenso teuer zu verkaufen. Dadurch ist es gekommen, daß jetzt jährlich zirka 50 Millionen Mark den Schnapsbrennern geschenkt werden. Ein Geschenk, das direkt auf eine Auswucherung der Konsumenten hinausläuft.

Wir wollen nun untersuchen, wie sich diese Technik in der Geschichte entwickelt hat.

Ursprünglich waren die Zölle reine Finanzzölle, um die Finanzen des Staates zu stärken. Sie waren eine reine Steuerquelle. Erst mit dem Ausgang des Mittelalters verfolgte man mit den Abgaben ein anderes Ziel, nämlich eine günstige Rückwirkung auf die Produktion des eigenen Landes.

Zuerst bekamen wir nun ein bestimmtes Zollsystem, das die Wirtschaft im Interesse der kapitalistischen Kreise und der herrschenden Klasse beeinflussen soll. Im 18. Jahrhundert setzte sich das System des Merkantilismus durch, d. h. eine Zoll- und Handelspolitik, die in erster Linie auf den Handel zugeschnitten war. Ihre Grundsätze gingen im wesentlichen darauf hinaus, die Handelsbilanz günstig zu beeinflussen. Man verstand aber damals unter günstiger Handelsbilanz eine möglichst große Einfuhr von Edelmetallen, um so den direkten Reichtum ins Land zu bringen. Weiter ging man dazu über, Ausfuhr- und Einfuhrverbote zu erlassen. Um die Fabrikation im Inlande zu steigern, verbot man die Einfuhr von Fabrikaten und auch die Ausfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen. In England geschah es noch im 18. Jahrhundert, daß den Schmugglern die Ohren abgeschnitten wurden.

Mit dem Ende des 18. Jahrhunderts wuchs der Protest gegen dieses System. Er ging aus von Frankreich, das als hauptsächlich ackerbaureichendes Land nicht ein solches Interesse am Handel hatte wie etwa Holland und andere Länder. Man kam im Gegenteil zu der Ansicht, daß der Ackerbau eines Schutzes bedürfte. Die Natur müsse wieder herrschen, aber der Grund und Boden müsse geschützt werden. Dieses System nannte man die »physiokratische Schule«. Doch auch dieses System schlug wieder in's Extrem um. Nur für den Ackerbau galt der Schutz, aber für den Handel galt das Tun und Lassen, wie jeder will, aus welcher Lehre sich dann der freie Handel entwickelte.

Der Freihandel hat seinen Ursprung in Frankreich, seine vollkommenste Entwicklung aber in

England gefunden. England war im Gegensatz zu Frankreich zu einer blühenden Industrie gekommen; es hatte daher ein starkes Interesse an einer ungehinderten Ausfuhr seiner Fabrikate. Freie Ausfuhr, freie Einfuhr, freie Durchfuhr, das war die Forderung des Freihandels!

Für England kam noch hinzu: es brauchte billige Lebensmittel für seine Arbeiter. Denn teure Lebensmittel bedeuten schlechte Ernährung, dadurch schlechte Arbeitskräfte, dadurch schlechte Leistungen und schlechte Waren; das sehen unsere deutschen Kapitalisten auch schon mehr und mehr ein, was aus dem steigenden Interesse mancher Großindustriellen für billige Fleischzufuhr zu erkennen ist.

In England hat der Freihandel seine größten Triumphe gefeiert. In Manchester wurde im Jahre 1838, unter Cobden, die Antikornzolliga gegründet. Von 1842 ab ging nun in England eine ständige Herabsetzung der Zolltarifsätze vor sich.

Auch Deutschland schloß im Jahre 1866 einen Handelsvertrag mit Frankreich ab, der dem Prinzip des Freihandels durchaus entsprach. Darnach durften Produkte, die in einem der vertragschließenden Länder hergestellt wurden, nicht versteuert werden.

Aber schon in den 60er Jahren setzte in Deutschland und in den 70er Jahren in England eine Bewegung ein, die gegen den Freihandel erfolgreich zu Felde zog. Der Ruf nach Schutzzöllen wurde erhoben, die einen Ausgleich der inländischen Produktion gegenüber der ausländischen bringen sollte. Das bedeutete in Wahrheit einen direkten Rückfall in die mittelalterliche Handelspolitik.

Die „Richtlinien“ der Gelben.

Der »Werkverein«, das Organ der sogenannten Essener Richtung, veröffentlichte in seiner Nummer 39 den Entwurf von »Richtlinien für die Bundesvereine«. Das ist um deswillen bemerkenswert, als einer der Führer der Essener Gelben, der Redakteur des »Werkvereins«, Dr. Arnold, erst noch in jüngster Zeit der Programmlosigkeit der Werkvereine selbstbewußten Ausdruck gab. Es war auf der »festlichen Vertreterversammlung« des Bezirksverbandes Essen und Umgegend, die am 10. August d. J. anläßlich eines Verbandestages stattfand, wo Dr. Arnold laut Bericht des »Werkvereins« (Nr. 33) erklärte: »Ein bis ins einzelne ausgeführtes Programm besitzen die Werkvereine nicht: ihre Taten sprechen für sie besser, als ein Programm tun könnte.«

Diese Worte, die eine unwillkürliche blutige Selbstinszenierung darstellten, waren aber nicht nur ein Verlegenheitsprodukt, sondern sie standen auch mit der Wahrheit auf gespanntem Fuße. Insofern als doch bereits am 26. Juli in Hamburg in einer Sitzung des Bundesvorstandes beschlossen worden war, »die für die Brudervereine bisher schon geltenden allgemeinen Grundsätze zusammenzufassen und diese Richtlinien dem Bundesausschuß zur Prüfung und Genehmigung zu unterbreiten«.

Warum also noch das Räumen der Programmlosigkeit zu einer Zeit, wo man bereits fleißig mit der Programmfabrikation beschäftigt war? Allerdings: die Ausarbeitung eines Programms für die gelben Werkvereine ist nicht nur ein unangenehmes und unruhmlüches Geschäft, sondern es ist mit vielerlei sachlichen Schwierigkeiten verbunden. Einmal wegen der in Augsburg offen zum Ausdruck gekommenen Gegensätze zwischen »Berlin« und »Essen«, sodann weil man doch zu allem der Zustimmung der Gönner und Geldgeber bedarf. Man ist deshalb auch gewiß nicht gern an diese Arbeit herangegangen. Ja, man darf als sicher annehmen, daß man nur einem Druck von selten der Geldgeber nachgekommen ist, sich auf ein Programm festzulegen. Diese sind mißtrauisch und trauen selbst den gelben Werkvereinen nicht mehr über den Weg. Bemerkenswert und für das »demokratische Verfassungswesen« im gelben Bunde höchst charakteristisch ist es auch, daß über die Richtlinien nicht die Mitglieder resp. eine Generalversammlung beschließen sollen, sondern der Bundesausschuß. Die Gründe liegen auf der Hand: dieses Verfahren erscheint den Gläubigern des famosen Bundes einfacher und sicherer.

Die Richtlinien sind in folgende acht Punkte zusammengefaßt (die gesperrten Worte sind auch im Original gesperrt):

1. Die Bundesvereine stehen auf dem Boden der heutigen Staats- und Wirtschaftsordnung, welche in jahrhundertlanger Entwicklung organisch gewachsen ist und allen Bevölkerungskreisen die Existenzmöglichkeit bietet. Die Entwicklung namentlich in den letzten Jahrzehnten hat insbesondere auch bewiesen, daß die heutige Staats- und Wirtschaftsordnung eine gesunde Hebung des Arbeiterstandes gewährleistet.

Zur weiteren Entwicklung des Volksganzen ist ein ehrlüches Zusammenwirken aller Volkskreise erforderlich. Auch der Arbeiterstand kann nur ruhig und stetig wachsen mit dem Volksganzen, wobei indes für die besonderen Bedürfnisse des Arbeiterstandes, als des wirtschaftlich schwächsten Standes, in dem notwendigen Maße durch entsprechende Gesetze Sorge zu tragen ist.

2. Die dem Bund deutscher Werkvereine ange-schlossenen Vereine haben den Zweck, ihre Mit-

gliedschaft wirtschaftlich, geistig und gesellschaftlich zu heben. Sie gehen bei ihrer Organisation und bei ihrer Arbeit von der Tatsache aus, daß die Interessen der Unternehmer und der Arbeiter überwiegend gleichlaufend sind. Als Organisationsform erscheint den Bundesvereinen deshalb die Betriebsorganisation als die gebegene und zweckmäßigste und als Arbeitsmethode das friedliche Zusammenwirken mit dem Unternehmer.

3. Das Unternehmen als Erwerbsquelle kann nur dann gedeihen und allen Beteiligten eine gute und gesicherte Existenz bieten, wenn alle Mitarbeiter ehrlich und nach besten Kräften zusammenwirken. Dieses Zusammenarbeiten setzt wiederum voraus, daß die Arbeitsgemeinschaft auch als soziale Gemeinschaft aufgelöst und praktisch durchgeführt wird. Der Unternehmer, die Beamten und die Arbeiter müssen sich also auch in ihren Bedürfnissen und Wünschen ehrlich und nach besten Kräften entgegenkommen und verständigen.

4. Die Zusammenarbeit erfordert an sich eine gegenseitige Rücksichtnahme. Der Werkverein beschließt im übrigen über die zur Erreichung seiner Ziele erforderlichen Schritte frei und selbständig. Der Aufbau jedes Bundesvereins muß die Bewegungsfreiheit für die Betätigung des Vereins nach diesen Richtlinien gewährleisten. Die Beiträge des Unternehmers an die Werkvereinskasse sind gerechtfertigt durch die wirtschaftliche und soziale Gemeinschaft, sowie durch die besonderen wirtschaftlichen Vorteile, die auch dem Unternehmer durch die Wirksamkeit des Werkvereins erwachsen.

5. Die Werkvereine beruhen auf der durch den § 152 der Gewerbeordnung gewährleistetsten Koalitionsfreiheit der Arbeiter, da sie Vereinigungen sind »zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen«. Der ebenfalls durch den § 152 erlaubte Streik ist lediglich eines der Mittel zur praktischen Betätigung der Koalitionsfreiheit, das natürlich auch den Werkvereinen zu Gebote steht und auf das sie auch nicht grundsätzlich verzichten. Das Mittel des Streiks ist indes für die Werkvereine nur von untergeordnetem Werte, weil es überall da nicht gebraucht wird, wo ein Unternehmer und eine Arbeiterschaft zusammenwirken, welche die Bedeutung der volkswirtschaftlich feststehenden Tatsache der überwiegenden Interessengemeinschaft richtig erkannt haben und nach dieser Erkenntnis verfahren. Der Streik erschüttert die Grundlagen der Erwerbsquelle sowie die bestehende Arbeits- und Interessengemeinschaft und schädigt alle Beteiligten.

In der Erkenntnis dieser Umstände verzichten die Bundesvereine auf die Anlegung von Streikkassen. Die Schaffung solcher Kassen würde eine Widersinnigkeit gegen die Interessengemeinschaft bedeuten, ein unbegründetes grundsätzliches Mißtrauen des Vereins gegen den Unternehmer zum Ausdruck bringen und die friedliche Verständigung innerhalb der Arbeitsgemeinschaft von vornherein stören.

6. Die Bundesvereine sind konfessionell neutral. Die Bundesvereine stehen gemäß ihrem grundsätzlichen Festhalten an der heiligen Staats- und Wirtschaftsordnung unbedingt auf nationalem Boden. Im übrigen sind sie parteipolitisch neutral. Bei allen Wahlen treten die Vereine in erster Linie für solche Kandidaten ein, welche der wirtschaftsfriedlichen nationalen Arbeiterbewegung freundlich gegenüberstehen. Ein Eintreten der Bundesvereine zugunsten der Sozialdemokratie ist ausgeschlossen.

8. Der Bund der Werkvereine hat für sich die besondere Aufgabe, die Werkvereinsbewegung im ganzen durch geeignete Maßnahmen zu fördern und zusammen mit dem »Hauptausschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände« zu allen wichtigen Angelegenheiten Stellung zu nehmen, welche die Interessen der Arbeiterschaft betreffen.

Eine Einwirkung auf die inneren Angelegenheiten der Bundesvereine steht dem Bund nicht zu.

Was da über Zweck und Ziel der Werkvereine gesagt wird, ist ja nichts neues mehr. Aber es ist immerhin gut, wenn diese Gesellschaft in ihrer Gesamtheit sich in aller Form auf ein Programm festlegt. Man hat doch so den Widerspruch, die Heuchelei und Schmarotzerei, in der die Vereine sich ergehen resp. ergehen wollen, hübsch schwarz auf weiß zusammen. Das wird besonders auch unseren Genossen in der Kleinagitation und im Disput mit den Werkvereinlern zustatten kommen.

Hervorgehoben sei der haarsträubende B'sö-sinn, der bei dem Versuch herausgekommen ist, den Wünschen der Berliner und Gleichgesinnten zu entsprechen, die den Streik nicht absolut ausgeschlossen wissen wollten, um auf diese Weise sich nicht bei ansässigen Arbeitern im vornhinein unmöglich zu machen. Ein Verlangen, dem die sogenannte Essener Richtung (die von Krupp abhängig ist) sich auf dem Augsburger Bundestag widersetzt hat. Man verzichtet »nicht grundsätzlich« auf das Mittel des Streiks, lehnt es aber grundsätzlich ab, etwas zu tun, das die erste Voraussetzung für die eventuelle Anwendung dieses letzten Mittels wäre, nämlich einen Kampffonds zu gründen.

Und Arbeiter sollen — und werden sich dazu hergeben, einen solchen Aberwitz, dessen Lächerlichkeit nur von seiner Erbarmlichkeit übertroffen wird, in aller Form zu ihrem Programm, zu ihren Richtlinien zu erheben! Aus dem »Vorwärts«.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Die Arbeitslosigkeit in unserm Verbands.

II.

Die wirtschaftliche Krisis, die noch bedeutend verschärft wurde durch den Bürgerkrieg und die Wirren in China, machte ihre nachteiligen Folgen besonders in Berlin bemerkbar. Hier waren vom Januar bis März 1901 160 Kollegen arbeitslos gemeldet, während nur 139 verlangt wurden. Die Zahl der Arbeitslosen steigt in den folgenden Quartalen rapid, im zweiten auf 205, im dritten auf 213 und im letzten auf 277 die Zahl der offenen Stellen beträgt nur 87. Besonders die Lithographen weisen hohe Zahl Stellungsuchender auf; es sind 130, die 297 Wochen arbeitslos waren, eine bedeutende Verschlechterung gegen 1897, wo für 35 arbeitslose Lithographen 211 Stellen offen standen. Im ganzen Jahre waren im Berliner Arbeitsnachweis 858, die Stellung suchten, und kaum die Hälfte, 443, vermochten Stellung zu erhalten. Die Dauer der Arbeitslosigkeit hatte gegen 1900 um 808 Wochen zugenommen und betrug 2757 Wochen.

1902 waren im ersten Quartal 106 arbeitslose Lithographen, davon 91 Chromolithographen, die 508 Wochen ohne Stellung waren, im Durchschnitt 5 1/2 Wochen. Steindruckerei zählte man 91 mit 907 Arbeitslosenwochen, also fast 10 Wochen im Durchschnitt. Etwas günstiger war das letzte Quartal für die Drucker, wo 118 Gehilfen Stellung suchten und 74 vermittelt wurden; die Dauer der Arbeitslosigkeit betrug 548 Wochen, durchschnittlich 4,6 Wochen. Lithographen waren 131 vorhanden und Stellung bekamen 47. In Leipzig wurden vom August 1901 bis Februar 1902 124 arbeitslose Steindruckerei gezählt, das waren 22 Proz. der gesamten Mitglieder, die 794 Wochen arbeitslos waren, durchschnittlich 6,4 Wochen. 1903 war der Arbeitsmarkt in Berlin noch schlechter geworden. Im ersten Quartal wurden 115 stellunglose Lithographen gezählt, während nur 38 Stellen gemeldet und 35 besetzt wurden; die Dauer der Arbeitslosigkeit betrug 491 Wochen, durchschnittlich 4,1 Wochen. Besonders groß war die Arbeitslosigkeit der Chromolithographen, von denen 91 Stellung suchten und nur 15, also kaum der siebente Teil, Stellung nachgewiesen erhalten konnten. Steindruckerei wurden 132 als arbeitslos verzeichnet, von denen nur 61 Stellung erhielten. Insgesamt waren die Drucker 764 Wochen, im Durchschnitt 5 Wochen arbeitslos. Im Vereinsjahr 1903 waren insgesamt 473 Steindruckerei in Berlin 1826 Wochen ohne Stellung, im Durchschnitt jeder 23 Tage. Im ganzen Verband wurden insgesamt 33673 Arbeitslosenmarken geklebt; der Verband zählte 6156 Mitglieder.

Für die folgenden Jahre haben wir genaue Angaben im »Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich«, deswegen ist von diesem Zeitpunkt an eine genauere Beurteilung möglich. Zunächst ist die Mitgliederzahl des Verbandes ganz bedeutend gestiegen, von 6156 auf 10084, und sie stieg auch mit ganz geringen Schwankungen von Jahr zu Jahr bis auf 17298 im ersten Quartal 1907. Das Jahr 1904 beginnt mit einer großen Arbeitslosigkeit, 12,2 Fälle kommen auf Hundert der Mitglieder, das ist mit Ausnahme von 1908 die höchste Zahl. Dann verbessert sich die Konjunktur bedeutend, bis wir dann im 1. Quartal nur 7 Fälle von Arbeitslosigkeit auf hundert Mitglieder haben. — Wie der Arbeitsmarkt sich günstiger gestaltet hatte, zeigt der Arbeitsnachweis Berlins. 1904 waren hier 79 arbeitslose Lithographen vorhanden, die insgesamt 928 Tage ohne Stellung waren, im Durchschnitt 13 Tage, 1905 im Januar waren 4 Chromo- und 12 Merkantillithographen arbeitslos gemeldet und 4 Chromo- und 4 Merkantillithographen wurden vermittelt; die Krise

hatte also wieder der besseren Konjunktur weichen müssen.

Die Arbeitslosigkeit im Verband zeigt folgende Zusammenstellung:

Jahr	Fälle von Arbeitslosigkeit auf je 100 Mitglieder entfielen am Ende des				Arbeitslose am Orte und auf der Reise auf je 100 Mitglieder am Ende des			
	1.	2.	3.	4.	1.	2.	3.	4.
	Vierteljahrs				Vierteljahrs			
1904	12,2	8,8	11,7	11,8	4,5	3,8	4,6	4,3
1905	9,6	9,3	10,6	9,7	2,9	3,2	3,3	3,2
1906	7,8	7,5	10,6	8,4	2,1	3,0	3,4	2,7
1907	7,0	7,5	10,3	8,2	2,0	2,9	3,3	2,6
1908	10,5	11,9	14,0	16,7	4,5	5,0	6,4	7,0
1909	14,6	16,7	16,2	14,1	5,9	6,4	7,9	6,0
1910	13,6	12,7	—	—	11,5	4,9	4,7	4,3
1911	11,6	11,0	17,8	11,8	4,7	3,8	5,9	4,0

Aus diesen Ziffern ist zu ersehen, daß wir von 1904 bis 1907 noch einen Arbeitsmarkt haben, der mit dem anderer Berufe in ziemlich gleichem Verhältnis steht, d. h. für unsern Beruf kommt eben dieselbe Konjunktur in Betracht, wie für die andern Berufe. In den folgenden Jahren aber haben wir ungewöhnlich hohe Arbeitslosenziffern, die selbst von der Hochkonjunktur nicht herabgedrückt werden. Allerdings erreicht auch der Arbeitsmarkt in den Jahren 1905 bis 1907 nicht den Stand der neunziger Jahre, wo wir beispielsweise im 1. Vierteljahr 1897 nur 1,6 Proz. Arbeitslose hatten, in der Zeit, wo die aufkommende Ansichtspostkarte viel Arbeitskräfte erforderte. Aber wie die gute Lage des Arbeitsmarktes sich bemerkbar machte, läßt die Bewegung unserer Mitgliederzahl erkennen, die allein 1905 von 11383 auf 15333 stieg, eine Zunahme von 3950. Auch der Arbeitsnachweis der Berliner Lithographen zeigt das Emporsteigen des Geschäftsganges. Im 1. Quartal 1905 waren 43 arbeitslos gemeldet, verlangt wurden 35. Im 4. Quartal waren 65 gemeldet und 54 wurden verlangt. Am günstigsten war das 3. Quartal 1906: 159 Lithographen waren ohne Stellung und 140 wurden in diesem Vierteljahr untergebracht.

Um die Verschlechterung des Arbeitsmarktes deutlicher zu zeigen, geben wir noch folgende Zusammenstellung, die die Zahl der arbeitslosen Mitglieder zeigt.

Jahr	Arbeitslose Mitglieder im			
	1.	2.	3.	4.
	Vierteljahr			
1905	—	—	381	452
1906	364	332	356	369
1907	288	267	358	457
1908	523	611	728	1110
1909	1022	1116	1373	1043
1910	854	811	744	832
1911	808	647	1019	698
1912	794	588	782	643

Wir haben 1908 ein ständiges Anwachsen der Arbeitslosenziffer, das im 3. Quartal 1909 mit 1373 Arbeitslosen seinen Höhepunkt erreicht. Und selbst nachher, als die Konjunktur im allgemeinen sich besserte, als schon Hochkonjunktur herrschte, haben wir noch 1911 im 3. Quartal 1019 arbeitslose Kollegen, das sind 661 mehr als im 3. Vierteljahr 1907, wo wir auch eine günstige Lage der Konjunktur hatten. Bei dem ungewöhnlich hohen Stand der Arbeitslosenziffer ist zu erwarten, daß die künftige Krisis im Wirtschaftsleben, die bereits ihr Herannahen angezeigt hat, von ganz besonders schwerer Wirkung auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes sein wird.

Der Niedergang der Lithographie hatte seine Ursachen in dem Zollkriege mit Amerika. Zu Anfang des Jahres 1908 waren von den Lithographen 214 gleich 5 Proz. und von den Steindruckern 337 gleich 3,3 Proz. ohne Stellung und im ersten Quartal 1909 waren 100 Steindruckerei weniger ohne Stellung als im Vorjahr. Das resultiert daher, daß die Steindruckerei für Amerika noch Arbeit fertig zu stellen hatten. Dann beginnt aber ein gewaltiges Steigen der Arbeitslosenziffern. Am 10. September wurden 292 gleich 6,8 Proz. arbeitslose Lithographen,

519 gleich 6,5 Proz. arbeitslose Steindruckerei gezählt. Im November war die Arbeitslosenziffer der Lithographen auf 278 oder 6,5 Proz. gesunken, dagegen bei den Steindruckern auf auf 528 oder 6,6 Proz. gestiegen. Im ersten Quartal 1909 betrug die Zahl der arbeitslosen Lithographen 295 gleich 6,6 Proz.; die der Drucker war auf 429 oder 5,2 Proz. gesunken. Der ganze Verband hatte nach der Arbeitslosenzählung des Hauptvorstandes am 29. Mai 1908 insgesamt 643 gleich 4,0 Proz., am 6. Juni 669 gleich 4,1 Proz., am 10. September 935 gleich 5,7 Proz. und am 10. November 997 gleich 6,0 Proz. arbeitslose Mitglieder. In allen Mitgliedschaften, mit Ausnahme von 14, waren arbeitslose Kollegen vorhanden. Ein großer Teil der Arbeitslosen reiste von den Großstädten nach der Heimat zurück, während sich aber der Zuzug nach den großen Städten nicht verminderte. So zählte man in Berlin 80 arbeitslose Lithographen am 10. September, 114 Steindruckerei am 10. November. Besonders groß war die Arbeitslosigkeit der Steindruckerei Leipzigs. Hier waren am 10. November 100 ohne Stellung, während im September nur 53 gezählt wurden; Lithographen waren 66 ohne Arbeit. Die lange Dauer der Arbeitslosigkeit brachte es mit sich, daß ein großer Teil der Kollegen ausgesteuert war; am 10. November waren es 455 von 997, also fast die Hälfte. Bekanntlich wurde ja vom Hauptvorstand damals die Extrastützung eingeführt, die allein vom 10. Mai bis zum 7. November 1908 18057,50 Mark betrug.

Die Krisis in der Lithographie, die durch eine ganze Reihe technischer Umwälzungen einen chronischen Charakter angenommen hat, hat einen großen Teil unser Kollegenschaft gezwungen, dem Beruf Valet zu sagen. Siebenhundert Lithographen weniger! Welche unsagbare Not und Entbehrung ist notwendig gewesen, um die Kollegen zu veranlassen, den Beruf zu wechseln. Wenn für die Steindruckerei durch die Anwendung neuer Druckverfahren, der Rotationsmaschinen usw. auch die Aussichten etwas günstiger erscheinen, so ist es auch hier eine zwingende Notwendigkeit, alle Energie daran zu setzen, um die Arbeitslosigkeit auf das normale Maß zu bringen. Das liegt im Interesse jedes Einzelnen und jeder Kollege kann dazu mit beitragen. fm.

Über unsre Kraft?

Zu der Frage der Gehaltserhöhung unserer Beamten nimmt Kollege Ehlers in Nummer 45 der »Graph Presse« in einer weise Stellung, die nicht unwidersprochen bleiben kann. Er bezeichnet die Gehaltserhöhung als das wichtigste Ereignis der letzten Stuttgarter Tagung, und als ihre Folge sieht er in der Zukunft eine baldige Beitragserhöhung voraus. Er stellt sich natürlich den Mannheimer Kollegen, die eine Urabstimmung über die Gehaltsregelung wünschen, zur Seite, indem er meint, daß dieses Verlangen von allen Kollegen unterstützt werden müsse. Es muß dem Kollegen Ehlers zugegeben werden, daß er sich dabei treuebehalten ist. Er selbst hat in Stuttgart auf der Generalversammlung gegen die Gehaltserhöhung gesprochen, und er hat auch selbst eine Gehaltskala vorgeschlagen, die sogar eine Reduzierung der Gehälter, die bisher gezahlt wurden, in sich schloß. Die Schmerzen, die es ausgelöst haben mag, daß dieser Antrag auf gar keinen Befall stieß, werden wahrscheinlich noch immer so bei ihm nachwirken, daß er das Vorgehen der Mannheimer Kollegen als eine Erlösung empfindet.

Ganz konsequent ist aber trotzdem Kollege Ehlers auch nicht. Er war Delegierter für Hamburg auf dem Haunoverschen Gautag, und dort ist unter dem Befall seiner Hamburger Mitdelegierten ein über die in Stuttgart erfolgte Regelung noch hinausgehender Gehaltspapier vorgelegt und gutgeheißen worden, ohne daß er es damals für notwendig befunden hat, sich dazu zu äußern. Ehlers wußte also, mit welcher weitgehenden Vorsicht die Stuttgarter Generalversammlung zu beschäftigen haben würde, und wenn er es wirklich für notwendig hielt, sich dadurch einen Namen zu machen, daß er gegen die Gehaltsregulierung Stellung nimmt, dann hätte er das als Warner auch schon vor der Stuttgarter Generalversammlung gekonnt. Dabei sei gleich bemerkt, daß die Veröffentlichung der Vorschläge des Hauptvorstandes und des Ausschusses deshalb nicht erfolgt ist, weil keine Einigung zwischen den beiden Körperschaften erzielt werden konnte. Nach dem Beschluß der Hamburger Generalversammlung hatten diese beiden Körperschaften eine gemeinsame

Vorlage auszuarbeiten, und diese konnte nicht zustande kommen.

Was ist denn in Stuttgart geschehen, daß die Mitglieder, wie Ehlers schreibt, sich in so großer Erregung befinden? Es sind Gehälter festgesetzt worden, wie sie in den Gewerkschaften, soweit in den letzten Jahren Neuregelungen vorgenommen worden sind, ganz allgemein gezahlt werden. Eine ganze Anzahl von Gewerkschaften zahlt sogar erheblich höhere Gehälter. Daß diese mehr Mitglieder haben, spielt dabei gar keine Rolle. Denn Gewerkschaften mit mehr Mitgliedern haben dann auch entsprechend mehr Beamte, und daß unsere Beamten bisher zu wenig zu tun hatten, hat noch kein Mensch behauptet. Die Stuttgarter Generalversammlung hat sogar anerkannt, daß ein Ausbau des Hauptvorstandes erfolgen müsse und hat diesem noch zwei weitere Angestellte bewilligt. Demnach sind unsere Angestellten genau so beschäftigt, wie die Angestellten großer Verbände. Wenn sie im Gehalt trotzdem nicht so hoch kommen wie diese, so ist damit der Größe unseres Verbandes schon Rechnung getragen. Unter die in Stuttgart festgesetzten Gehälter herunterzugehen, lag durchaus keine Veranlassung vor. Der Beschluß würde wohl auch kaum auf Unzufriedenheit gestoßen sein, wenn zur Zeit nicht die Lage in unserm Beruf so traurig wäre. Aber erwäht denn nun darauf für den Verband die Verpflichtung, auch die eigenen Angestellten im Verhältnis schlechter zu stellen, als die Angestellten anderer Verbände gestellt sind? Dieser Ansicht kann ich mich nicht anschließen, zumal gerade während einer schlechten Konjunktur der Posten eines Gewerkschaftsbeamten besonders unangenehm ist. Ebensoviele bin ich der Ansicht, daß die jetzige schlechte Kassenlage unseres Verbandes die Gehaltserhöhung nicht verträge. Es geht doch nicht an, die Gehälter der Beamten je nach dem Kassenbestand abzustufen, und darauf läuft in Wirklichkeit der Einwand hinaus, daß unsere Kassenlage jetzt nicht günstig sei. Es ist überhaupt eigenartig, daß die Arbeiter immer nur dann in Erregung geraten, wenn es gilt, die Gehälter der Gewerkschaftsbeamten zu erhöhen. Die Arbeiter sind doch auch sonst in der Lage, ein Wort bei Gehaltserhöhungen mitreden zu können. Ich verweise dabei auf die Gehälter, die die Parteilangestellten erhalten, ich verweise auf die Gehälter, die in den Krankenkassen gezahlt werden, und ich verweise auf die Zustimmung, die unseren Vertretern in Reichs- und Landtag, sowie in den Gemeindeparlamenten immer zuteil wird, wenn sie für die Gehaltserhöhung der Beamten und Lehrer eintreten. Alles, was sonst richtig ist, gilt merkwürdiger Weise nie bei den Gewerkschaftsangehörigen und dabei kann ganz offen ausgesprochen werden, daß wohl kaum eine Kategorie von Angestellten mehr Verantwortung auf sich lasten hat, als die Gewerkschaftsangehörigen.

Genosse Ehlers schreibt, man könne behaupten, daß das Zustandekommen der neuen Gehaltskala wahrlich nicht im Gesichtswinkel der Demokratie geschehen sei. Was er mit diesem schönen Satz sagen will, weiß ich nicht, man kann aber wohl ruhig behaupten, daß er beim Zustandekommen seines Artikels, um in seiner Sprache zu reden, im Gesichtswinkel der Demagogie gesessen hat, denn die seiner Ansicht nach vorhandene Erregung bei den Mitgliedern sucht er zu steigern durch die ganz unhaltbare Behauptung, die Gehaltserhöhung müsse eine Beitragserhöhung im Gefolge haben. Ich will dem ein paar Zahlen gegenüberstellen: Durch die Neuregulierung der Gehälter entsteht uns jährlich eine Mehrausgabe von insgesamt 4875 Mk. Wenn wir diese Summe verteilen auf unsere Mitglieder, so werden wir finden, daß diese etwas mehr als einen halben Pfennig durchschnittlich pro Kopf und Woche zu zahlen haben, um diese Mehrausgabe zu decken. Dieser halbe, oder runden wir die Sache nach oben ab, diese zwei Drittel Pfennige gehen über unsere Kraft? Es geht über meine Kraft, etwas derartiges zu verstehen, und noch weniger verstehe ich, wie diese Belastung zu einer Erhöhung der Beiträge führen soll. Ich meine, ehe man derartige Behauptungen in die Masse wirft, soll man sich doch wenigstens erst überlegen, was man sagt.

Was soll denn nun durch die Urabstimmung; der der Kollege Ehlers so enthusiastisch zustimmt, bezweckt werden? Auch darüber ist er sich anscheinend nicht klar geworden. Denn bei dieser Urabstimmung handelt es sich nicht mehr um die Frage: Gehaltserhöhung oder nicht, weil die Gehaltsregulierung in Stuttgart rechtsgültig erfolgt ist, und eine Erhöhung der Gehälter mit sich gebracht hat. Es handelt sich vielmehr darum, daß eine Herabsetzung der Gehälter durch Urabstimmung beschlossen werden soll. Von einem anderen Gesichtspunkt aus kann man nämlich die Urabstimmung nicht betrachten. Hätte sie vor der Generalversammlung stattgefunden, und würde durch sie zur Entscheidung gestellt worden sein, welche der letzten in Vorschlag gebrachten Gehaltsskalen von den Mitgliedern für richtig gehalten wird, dann hätte die Sache noch Sinn gehabt. Jetzt läuft sie lediglich auf eine Gehaltsreduzierung hinaus, und auf das Verlangen, daß die Angestellten des Verbandes die Zulage, die sie erhalten haben, dem Verbands wieder herauszahlen sollen. Das ist etwas so Ungeheuerliches, daß eine Gewerkschaft, die wirklich einen solchen Beschluß fassen würde, sich unsterblich blamierte den anderen Gewerkschaften gegenüber,

ganz abgesehen von dem Eindruck, den ein solches Verhalten auf die Unternehmer machte.

Ich möchte den Arbeiter sehen, der eine ihm von dem Prinzipal zugesagte und ausgezahlte Lohnzulage wieder zurückgibt, weil dessen Kompanion nach ein paar Monaten diesen Beschluß rückgängig machen will, und unsere Angestellten müßten ganz jämmerliche Kerle sein, wenn sie sich einem solchen Beschluß fügen würden.

Wie aus Nummer 45 der »Graph. Presse« zu ersehen ist, haben sich auch die Berliner Lithographen mit dem Antrag der Mannheimer Kollegen beschäftigt, und sie haben sich in einer in dem Bericht wiedergegebenen Resolution auf den Standpunkt gestellt, daß der Antrag auf Urabstimmung überhaupt unzulässig sei, weil nach unserm Statut die Generalversammlung die höchste Instanz ist. Diese Auffassung der Berliner Lithographen möchte ich nachdrücklich unterstreichen. Es ist im § 41, Abs. 2 ausdrücklich gesagt, die Generalversammlung bildet die oberste Instanz. Es hieße diesem klaren Wortlaut des Statuts Zwang antun, wenn man sich auf den Standpunkt stellen wollte, daß Beschlüsse einer Generalversammlung durch eine Urabstimmung aufgehoben werden könnten. Denn dann wäre nicht mehr die Generalversammlung die höchste Instanz, sondern über der höchsten stände eine allerhöchste, nämlich die Urabstimmung. Das ist natürlich widersinnig, und es geht aus diesem Grunde schon nicht an, daß Hauptvorstand und Ausschuß, selbst wenn die Mannheimer Kollegen auf ihren Antrag die erforderliche Stimmenzahl vereinigen sollten zur Ausschreibung der Urabstimmung schreiben dürften. Bisher ist auch noch niemals in diesem Sinne verfahren worden. Vielfach haben Generalversammlungsbeschlüsse den Kollegen nicht gefallen, es ist aber noch niemals jemand auf den Gedanken gekommen, einen Generalversammlungsbeschluß durch Urabstimmung zu annullieren. Wir haben zwar mehrfach Urabstimmungen gehabt, aber es hat sich dann regelmäßig um Urabstimmungen gehandelt, die entweder von den Generalversammlungen selbst angeordnet wurden, oder aber um solche, durch die unklare Situationen geklärt werden sollten, damit die nachfolgende Generalversammlung vor einem klaren Bilde stand. Anders können Urabstimmungen auch niemals veranstaltet werden, wenn Generalversammlungen überhaupt noch einen Sinn haben sollen. Den Mannheimern gefällt die Gehaltsregulierung nicht. In irgend einer anderen Mitgliedschaft läßt man vielleicht damit nicht zufrieden, daß der Hauptvorstand zwei neue Angestellte bekommen soll. Wo sollten wir hinkommen, wenn alle die Unzufriedenen durch Urabstimmung die wohlwolligen Beschlüsse einer Generalversammlung aufheben könnten, die zustande gekommen sind auf Grund eingehender Informationen? Setzen wir einmal den Fall, daß eine Generalversammlung in geheimer Sitzung zu Beschlüssen kommt, die den Mitgliedern unverständlich sind, weil ihnen das in der geheimen Sitzung bekanntgegebene Material nicht vorgelegt werden kann. Dann hätten es, wenn man jetzt dem Verlangen der Mannheimer Kollegen nachgibt, zu jeder Zeit die Mitglieder in der Hand, unter Hinweis auf diesen Fall Urabstimmung auch in solchen Angelegenheiten zu erzwingen, in denen die Masse der Mitglieder überhaupt nicht mitreden kann, weil ihnen im Interesse des Verbandes und damit in ihrem eigenen Interesse die Unterlagen gar nicht mitgeteilt werden können, die die Generalversammlung hatte.

Ich will zugeben, daß die Bestimmungen in unserm Statut, soweit sie von der Urabstimmung handeln, unklar sind, und daß namentlich die Vorschrift, daß eine Urabstimmung stattfinden müsse, wenn $\frac{1}{5}$ der Mitglieder es beantragt, zu der Auffassung führen kann, daß eine Urabstimmung über alle möglichen Dinge eingeleitet werden muß, wenn sich die erforderlichen Mitglieder dazu finden, die es verlangen. Es wird Aufgabe der nächsten Generalversammlung sein, diese Mißverständnisse Raum gebende Fassung des Statuts zu beseitigen und sich dabei leiten zu lassen von der schon jetzt im Statut befindlichen Bestimmung, daß die Generalversammlung die oberste Instanz ist und daß sie folglich auch in allen strittigen Fällen das letzte Wort hat.

Herm. Müller, Berlin.

Ortsberichte.

Cöln a. Rh. Am 25. Oktober fand unsere gutbesuchte Quartalsversammlung statt. Nach Erledigung der Kassengeschäfte referierte Genosse Gleßen auf Grund der bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen über das Thema: »Welche Bedeutung haben die hiesigen Gemeinderatswahlen für die Gewerkschaften?« Er kritisierte die Haltung der Stadt als der größten Arbeitgeberin am Platze, die doch vorbildlich für die Regelung der Arbeitszeit, genügende Löhne, Ferienbewilligung usw. sein sollte. Statt dessen sei hier alles vom kapitalistischen Geiste durchtränkt. Bei der vorjährigen Bewegung der städtischen Arbeiter zwecks Verkürzung der Arbeitszeit holte die Stadt die Gutachten der Industriellen ein, mit dem Erfolg, daß die Arbeiter leer ausgingen. Das Submissionswesen stehe hier in schönster Blüte, ohne Rücksicht darauf, daß die ausführenden Firmen auch die tariflichen Bestimmungen einhalten. Welter führte der Redner aus, wie die sich immer mehr häufenden Betriebsunfälle oft die fachmännische Kontrolle vermissen ließen, und

er forderte die Anstellung städtischer Kontrolleure aus Arbeiterkreisen. Das gleiche gilt auch für die Witwen-, Waisen- und Invalidenpflege. Das Steuer- und Armenwesen, sowie das Wohnungs- und Schulwesen erfordern ein tätiges Mitarbeiten von Arbeitervertretern auf dem Rathause und zwar Vertretern aus den Reihen der freien Gewerkschaften und der Partei. Die jetzigen »Arbeitervertreter« der oegenwärtigen Zentrumsmehrheit auf dem hiesigen Rathause blieben den Sitzungen bis zur Hälfte fern. Die Verweigerung der Abstimmungsbezirke durch dieselbe Mehrheit wurde damit begründet, daß das Zentrum ganz gut dabei gefahren sei. Die freilorganisierte Arbeiterschaft muß jetzt endlich einmal aus ihrer Reserve heraustreten und Hand in Hand mit der Partei zum Erfolg schreiten. Wenn auch ein voller Sieg vorerst nicht wahrscheinlich ist, so muß doch ein großer Stimmenzuwachs die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft mit den derzeitigen Verhältnissen kundtun. Mit dem Appell an die Versammlung, die Säumigen aufzurütteln und geschlossen am ersten Tage zur Wahl zu schreiten, schloß der Referent den beifällig aufgenommenen Vortrag. — Es wurde nun noch auf die Pflicht der Kollegen hingewiesen, diejenige Zeitung zu halten, welche die Interessen der Arbeiter vertritt; als solche kommt hier nur die »Rheinische Zeitung« in Frage. Ferner wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, zwecks Ausübung des Gemeinde- und Landtagswahlrechts die preußische Staatsangehörigkeit zu erwerben. Ein weiterer Punkt der Tagesordnung behandelte die am 29. November stattfindende Senefelderfeier, deren Gelingen auch zur Festigung der Kollegialität beiträgt. Nach Erstattung des Kartellberichts und Besprechung verschiedener interner Angelegenheiten schloß die sehr anregend verlaufene Versammlung.

Der Lithograph

Feil für die Interessen der Lithographen Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler

Zeichneragitation.

II.

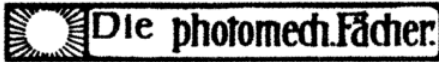
Die bescheidenen Erfolge bei der Zeichneragitation sind bis zu einem gewissen Grade darauf zurückzuführen, daß die angewandten Agitationsmethoden nicht die richtigen waren. Hier sind ganz andere Mittel nötig, als bei den Lithographen und Steindruckern. Die Mehrzahl der Lithographen, Steindrucker usw. ist heute organisiert. Die Nichtorganisierten sind zu einem großen Teil minderwertige Gesellen, die mit Recht die Verachtung der Organisierten verdienen. Hier tritt also eine scharfe Scheidung zwischen den Organisierten und Unorganisierten ein, nicht nur in Bezug auf das Beitragszahlen, sondern auch auf die moralische Qualität der Einzelnen. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Kollegen ist so scharf ausgeprägt, daß in den Augen Aller der Nichtorganisierte als ein minderwertiges Wesen gilt, von dem jeder reinlich denkende Kollege schon instinktiv abdrückt. Aber dieser Zustand hat sich erst im Laufe einer jahrelangen Entwicklung gebildet.

Es gab eine Zeit, in der die Organisation der Lithographen als eine Unmöglichkeit galt, eine Zeit, in der es die Lithographen weit von sich wiesen, mit den Steindruckern auf eine Stufe gestellt zu werden. Nur eine mühevoll, jahrelange Agitations- und Aufklärungsarbeit, die allerdings durch die wirtschaftliche Entwicklung günstigste Unterstützung fand, konnte bei den Lithographen das Solidaritätsgefühl wachrufen und stärken.

Und wo die Lithographen am Anfang ihrer Organisationsbewegung standen, da stehen die Zeichner heute. Das Zusammengehörigkeitsgefühl, ohne das eine Organisation nicht denkbar ist, ist bei ihnen, eben durch die Jugend ihres Berufes, noch gar nicht entwickelt. Dieses kann erst durch eine intensive Aufklärungsarbeit nach und nach erweckt werden. Wenn sich bei dieser Arbeit nicht gleich der erwünschte Erfolg zeigt, dann darf man diese Zeichner nicht gleich als minderwertige Gesellen von der Seite ansehen. Es fällt eben kein Baum auf den ersten Hieb. Die Animosität, die gegen den unorganisierten Lithographen berechtigt ist, ist gegen den unorganisierten Zeichner ganz unangebracht.

Wir müssen an jedem Ort die Eigenarten der Zeichner herausfinden, wir müssen die Stellen suchen, wo den Zeichner der Schuh drückt. Dort hat unsere Aufklärungsarbeit einzusetzen. Und diese muß fortgesetzt werden, auch wenn wir nicht gleich den Anmeldescheln für die Organisation in der Tasche haben.

Da sind zuerst unsere Versammlungen. In diesen werden alle Organisationsfragen behandelt. Sie sind für uns Organisierte wohl von außerordentlichem Interesse, den Neuling Interessieren sie aber gar nicht. Er wird sich bei deren Behandlung nur stillisch langweilen und — nicht wieder kommen! Oder es werden Spezialfragen der Lithographen usw. behandelt, von denen der Zeichner nichts versteht. Und werden einmal Fragen von allgemein wissenschaftlicher Bedeutung behandelt, dann sind sie auch meist derart, daß sie dem Indifferenten noch unverständlich sind.



Teil für die Interessen der Chemigraphen Reproduktions-Photographen, Lichtdrucker Kupferstecher und -Drucker.

Die Tarifgemeinschaft der Lichtdrucker in den Jahren 1911/1912.

Das Tarifamt für das deutsche Lichtdruckgewerbe hat kürzlich seinen ersten Geschäftsbericht für die Jahre 1911/1912 herausgegeben.

In der Einleitung erwähnt es kurz den Ablauf der vorigen Tarifperiode, um sodann die mehrfachen Versuche zum Neuabschluss eines Tarifs zu behandeln. Bekanntlich verliefen nicht weniger als drei derartige Versuche ergebnislos, sodas mit dem Ablauf der um ein Jahr verlängerten vorigen Tarifperiode am 31. Dezember 1910 im deutschen Lichtdruckgewerbe eine tariflose Zeit begann. Sie währte jedoch nur wenige Wochen, denn schon am 29. Januar 1911 fanden zwischen je 8 Vertretern der Prinzipale und Gehilfen aus den größeren Druckorten Deutschlands neue Verhandlungen statt, die am 12. Februar 1911 fortgesetzt und abgeschlossen wurden. Ihr Ergebnis war die Vereinbarung einer neuen Tarifgemeinschaft für das deutsche Lichtdruckgewerbe mit einer Gültigkeitsdauer bis zum 31. Dezember 1915. Der neue Tarif sah hauptsächlich die allmähliche Einführung des Achtstundentages, eine Änderung der Lehrlingsskala, neue Bestimmungen über längere Kündigungsfristen der Spezialarbeiter und die Verlängerung der Vertragsdauer von 3 auf 5 Jahre vor. Der vorliegende Geschäftsbericht behandelt also die Wirksamkeit des Tarifamtes in den ersten zwei Jahren der neuen Tarifgemeinschaft.

Die Hauptaufgabe des Tarifamtes war die Durchführung des neuen Tarifs. Daher stellte es zunächst durch Umfrage fest, daß in Deutschland 79 Lichtdruckfirmen mit 824 beschäftigten Gehilfen in Betrieb sind. Davon schlossen sich infolge der Bemühungen des Tarifamtes oder nach Verhandlungen zwischen Gehilfen und der Geschäftsleitung bis zum Schluß des ersten Berichtsjahres 46 Firmen mit 686 beschäftigten Gehilfen der Tarifgemeinschaft an. Im zweiten Geschäftsjahre haben weitere 3 Firmen mit 19 Gehilfen dem Tarifamte die Anerkennung des Tarifs schriftlich bekanntgegeben. Dagegen ist eine Firma, die 40 Gehilfen beschäftigte, wegen Aufgabe des Lichtdruckes aus der Tarifgemeinschaft wieder ausgeschieden. Am Schluß des zweiten Berichtsjahres gehörten ihr demnach noch 48 Firmen mit 665 beschäftigten Gehilfen an, während 30 Firmen mit 119 beschäftigten Gehilfen noch außerhalb des Tarifs standen. Von diesen 30 Firmen beschäftigten 11 mehr als 4 Gehilfen, die andern bis zu 4 Gehilfen. Die der Tarifgemeinschaft nicht angehörenden Firmen sind also meist kleinen Umfanges. Das ergibt auch ein Vergleich der Prozentsätze der tariffreien Firmen und der in diesen beschäftigten Gehilfen. Während 61,5 Proz. aller Firmen der Tarifgemeinschaft angehören, machen die in ihnen beschäftigten tariffreien Gehilfen 84,8 Proz. der Gesamtgehilfenschaft aus.

Wie die Einführung des Tarifs, so ging auch die Durchführung der tariflosen Bestimmungen verhältnismäßig glatt von statten. Zwei Berliner Firmen mit einer mehr als 8stündigen Arbeitszeit führten gemäß den Versprechungen bei den Tarifverhandlungen den Achtstundentag noch im ersten Berichtsjahre ein, sodas er am 1. Januar 1912 in Berlin allgemein durchgeführt war. In den übrigen deutschen Firmen wurde am 1. Juli 1911 die 8 1/2stündige Arbeitszeit allgemein durchgeführt; vom 1. Januar 1913 ab trat auch in diesen Betrieben der Achtstundentag allgemein in Kraft.

Auf Antrag des Tarifamtes beschloß der Tarifausschuß in der Berichtszeit durch schriftliche Abstimmung folgende Ergänzung des Tarifs, die dem § 1 als Absatz 6 angefügt werden soll: »Ohne begründete Entschuldigung versäumte Geschäftsstunden berechtigten den Prinzipal, ein Nachholen derselben durch Extrastunden, ohne die Entschädigung des Überstunden-Aufschlages (§ 3), zu verlangen, jedoch ist dies dem Gehilfen sofort mitzuteilen. Ein freiwilliges Nachholen versäumter Arbeitszeit ist dem Gehilfen nicht gestattet.«

Die Errichtung von Schiedsgerichten wurde in den Berichtsjahren von keinem Kreise beantragt, weshalb das Tarifamt sämtliche Beschwerden selbst erledigen mußte. Einige zu solchen Beschwerden gefaßte Beschlüsse, die für die Tarifgemeinschaft von Wichtigkeit sind, seien nach dem Geschäftsbericht hier hervorgehoben: »Personen, welche mit Abdecken der Negative beschäftigt werden, sind zu den Gehilfen zu rechnen.« — »Weibliche Arbeitskräfte, die die Stellung eines Gehilfen ausfüllen, sind diesen gleichgestellt.« — »Lichtdruckgehilfen eines Betriebes sind verpflichtet, soweit sie dazu in der Lage sind, in den einzelnen Lichtdruckabteilungen untereinander auszuhilfweise tätig sein.« — »Die Einstellung von Überläufern ist nach dem Tarif ohne Rücksicht auf die Verhältnisse des Arbeitsnachweises gestattet. Das Tarifamt empfiehlt jedoch den Prinzipalen, da Arbeitskräfte auf dem Nachweis genügend vorhanden, diesen bei Bedarf in erster Linie zu benutzen.« (Übrigens) erkannte das Tarifamt bezüglich

des Arbeitsnachweises, der nach § 12 des Tarifes keine direkte Einrichtung der Tarifgemeinschaft ist, ausdrücklich an, daß gute Erfahrungen mit ihm gemacht wurden, und es legte den § 12 dahin aus, daß für die Prinzipale eine moralische Verpflichtung besteht, den bestehenden Arbeitsnachweis in erster Linie in Anspruch zu nehmen. — Ferner teilte das Tarifamt noch seine Entscheidungen über folgende zwei Beschwerden, die auch allgemeines Interesse bieten, in seinem Geschäftsberichte mit:

»In einer Firma sollte am 1. Juli 1911 die tarifliche Arbeitszeit von 8 1/4 Stunden eingeführt werden. Die Gehilfen waren der Meinung, daß die kürzere Arbeitszeit am Sonnabend, die vorher 7 1/4 Stunden betrug, nach § 7 des Tarifes nicht verändert werden darf. Das Tarifamt wies diese Meinung mit folgender Begründung zurück: Nach § 1 des Tarifes soll die Arbeitszeit vom 1. Juli 1911 täglich 8 1/4 Stunden respektive 49 1/2 Stunden wöchentlich betragen. Wenn die Firma diese Arbeitszeit einführt, dann entspricht sie dem Tarif. Der letzte Absatz im § 7 kann nicht angezogen werden, weil eine Verschlechterung in der Arbeitszeit nicht stattfindet und die Veränderung von 50 1/2 auf 49 1/2 Stunden wöchentlich tatsächlich eine Verbesserung bedeutet.«

»Eine andere Firma hatte öfter Aufnahmen in anderen Orten zu machen. Der Photograph brauchte dazu in einem Falle längere Zeit als die im Geschäft übliche. Diese Überzeit wollte die Firma nicht als Überstunden rechnen, weil der Photograph während derselben nicht direkt gearbeitet, sondern durch Bahnfahrt und längeres Warten mehr Zeit gebraucht hat. Das Tarifamt verurteilte die Firma, diese Zeit als Überstunden zu zahlen. Gründe: Das Tarifamt vertritt den Standpunkt, daß mit Photographen, welche längere Zeit außerhalb des Betriebes beschäftigt werden, besondere Vereinbarungen auf Entlohnung getroffen werden können. Im vorliegenden Falle wurde der Photograph aber nur ausnahmsweise an einem Tage außerhalb des Betriebes beschäftigt. Für eine derartige kurze Änderung in der Tätigkeit der Gehilfen dürfen aber, selbst wenn dieselbe sich mehrmals im Jahre wiederholt, die Bestimmungen des Tarifes nicht ausgeschaltet werden.«

Das Tarifamt hielt in den zwei Berichtsjahren zur Erledigung der vorstehend skizzierten Arbeiten 12 Sitzungen ab und versandte 645 Postsaften. Seine Ausgaben für die Tarifgemeinschaft betragen in den zwei Jahren 885 Mark, die je zur Hälfte von den Prinzipalen und den Gehilfen gedeckt wurden.

Die Lichtdrucker und der Tiefdruck.

In Nr. 41 der »Graph. Presse« berichtete die Leipziger Lichtdruckerfiliale über eine Versammlung, in der Kollege Hoenniger-Berlin einen Demonstrationsvortrag über das Tiefdruckverfahren gehalten hat. Zu den in dem Bericht wiedergegebenen Ausführungen des Kollegen Hoenniger möchte ich doch noch einiges bemerken.

Er sagte da unter anderem, die Produktionsweise des Tiefdruckes sei verblüffend einfach. Aber doch nur beim oberflächlichen Zusehen, lieber Kollege. Beim Lesen des Satzes dachte ich unwillkürlich an eine Episode, deren Ohrenzeuge ich war. Sie trug sich vor einigen Jahren in einer Druckerlei zu. Der Prinzipal bekam Besuch, den er auch an eine Handpresse führte, wo der Drucker eben dabei war, einen Stein einzuwalzen. Nachdem der Chef den Werdegang eines Druckes dem Besucher erzählt hatte, sagte dieser dann wörtlich: »Das ist ja verblüffend einfach! Man rollt den schwarzen Dreck über den Stein, legt das Papier darauf, alsdann einen Deckel und treibt es durch die Maschine (man könnte ja auch mit dem Hintern draufsitzen) und fertig ist der Lack.«

Nun, so einfach ist die Sache grade nicht. Das gilt auch für den Tiefdruck. Zum praktischen Arbeiten gehört doch ein wenig Größtes, und zwar nicht allein zum Betrachten des Diapositives, um die richtige Koperzeit zu erhalten. Letzteres hält Kollege Hoenniger scheinbar für die ganze Weisheit des guten Gelingens einer Kupferwalze, obwohl es nur eine Sache der Erfahrung ist. Er ist ferner der Meinung, daß die Positivretusche wenig in Anwendung komme, da der Effekt gering sei. Auch hier bin ich anderer Meinung, und wer weiß, was mit der Positivretusche alles herausgeholt werden kann, wird mir zustimmen. Wir haben in letzter Zeit viele technische Aufträge zu erledigen und anfangs dabei auch keine oder nicht genügende Positivretusche angewandt, die nur von unserm Lichtdruckretusche ausgeführt wurde. Der Besteller war wohl zufrieden, aber er brachte uns Auto-Drucke, bei welchen Positivretusche angewandt worden war, und kritisierte dabei die einzelnen Tonwirkungen. Nun wurde am nächsten Auftrag auch Positivretusche angewandt und beim Vorlegen der fertigen Drucke fällte der Besteller ein anderes Urteil als Kollege Hoenniger.

Des weiteren meint er, die Aufnahmen gelängen einem Halbtonphotographen am besten. Zweifellos können aber die Aufnahmen eines Reproduktionsphotographen denen des Halbtonphotographen mindestens gleichwertig an die Seite gestellt werden. Dann ist das richtige Kopieren auf das Pigmentpapier genau so wichtig, aber nicht wichtiger als das

Und dann ist es eine alte Erfahrung: an eine neu zu organisierende Berufsgruppe kommen wir weder mit gewerkschaftlichen, noch mit allgemein wissenschaftlichen Angelegenheiten heran; aber wir müssen sie bei ihren vielen kleinen Schmerzen packen, und das sind immer direkte Berufsfragen, die ihnen täglich bei ihrer Arbeit aufstoßen. Aber auch das hat nur Erfolg, wenn wir uns ihnen gegenüber als Sachkundige erweisen. Der Modeteilnehmer z. B. wird viel lieber dem Modeteilnehmer Gehör schenken, als dem Angehörigen eines anderen, wenn auch verwandten Berufes.

Wir müssen also besondere Zusammenkünfte für die Zeichner schaffen, in denen der Zeichner zum Zeichner spricht und deren Tagesordnung Rücksicht nimmt auf die kleinen Alltagsschmerzen der Zeichner. Und dann diese Versammlungen! Müssen es überhaupt Versammlungen sein, auf denen sich die meisten Teilnehmer langweilen? Sind zu unserer Aufklärungsarbeit nicht unscheinbare, zwanglos erscheinende Zusammenkünfte, gemütliche Abende, gesellige Veranstaltungen, zu denen die Zeichner mit ihren Angehörigen geladen werden, mehr erfolgversprechend? Der Neuling im öffentlichen Leben hat nun einmal gegen Versammlungen eine Antipathie, die systematisch erzeugt wird durch die fortgesetzte Hetze der bürgerlichen Presse gegen alle Veranstaltungen der Arbeiterklasse. Und alle deshalb sagen wir, wir dürfen zum indifferenten nicht als Gewerkschafter kommen, sondern als Kollegen. Wir haben schon oft die Erfahrung machen müssen, daß uns die Zeichner, wenn wir als Gewerkschafter zu ihnen kommen, als unheimliche Gesellen betrachten, die man sich möglichst vom Leibe hält. Das ist ein Hindernis für unsere Agitationsarbeit, folglich dürfen wir bei der Agitation den Gewerkschafter nicht hervorkehren.

Das beste Agitationsmittel ist immer die Agitation von Mund zu Mund. Und da wird heute am meisten gesündigt. Wir agitieren nicht dadurch für unsere Sache, daß wir dem Unorganisierten täglich sagen, er möge sich organisieren, sondern vielmehr dadurch, daß wir selbst einen vorbildlichen Lebenswandel führen, daß wir uns immer und überall als Organisierte fühlen und alle unsere Handlungen in Einklang bringen mit den Forderungen unserer Organisation. Was hat z. B. alle Agitation gegen die Überstunden- und Hausarbeit für einen Zweck, wenn sich selbst organisierte Kollegen danach reißen. Solche und andere Fälle vermehren jede Erfolgsmöglichkeit der Agitation auf lange hinaus.

In vielen Anstalten finden wir, daß die noch etwas auf sich eingebildeten Zeichner von den übrigen Angestellten angeulkt und verspottet werden. Ob dadurch schon einer für die Organisation gewonnen wurde? Man bleibe uns mit der alten Rede, daß diese oder jene Arbeiter doch nicht für die Organisation gewonnen werden können, vom Halse. Wie oft wurde heute möglich, was gestern noch als unmöglich erschien.

Wir fassen unsere Auffassung über die Zeichneragitation also dahingehend zusammen: Die Agitation unter den Zeichnern ist in die Hände der Zeichner selbst zu legen. Sie ist derart zu gestalten, daß zuerst das Zusammengehörigkeitsgefühl unter ihnen wachgerufen wird. Dabei werden wir am wirksamsten durch die Entwicklung der Arbeitsteilung unterstützt. Diese Aufklärungsarbeit ist zu betreiben auch wenn die Erfolge nicht gleich zahlenmäßig ins Auge fallen. Für die Agitation haben wir Mittel zu verwenden, die von Fall zu Fall ganz dem Wesen der Zeichner und ihrer Eigenart entsprechen.

Wenn wir verlangen, daß die Zeichner ihre Agitation selbst leiten sollen, so fragt es sich nur, ob wir dazu an den verschiedenen Orten die geeigneten Kräfte haben. In vielen Orten ganz gewiß! Hier ein paar Beispiele. Nach unseren letzten statistischen Aufnahmen konnten wir folgendes feststellen:

Ort:	Zahl der ermittelten Zeichner	Davon sind organisiert
Berlin	178	60
Dresden	30	9
Düsseldorf	6	4
Frankfurt am Main	7	1
Hannover	9	4
Leipzig	108	14
München	14	2
Nürnberg	10	1
Stuttgart	11	3

Unter diesen annähernd 100 organisierten Zeichnern finden sich gewiß die geeigneten Kräfte zur Agitation. Und wo es nicht der Fall ist, da müssen eben diese Kräfte herangebildet werden. Da durch die aufsteigende Entwicklung des Zeichnerberufes die Zahl der an den einzelnen Orten tätigen Zeichner ständig im Steigen begriffen ist, so wird die dafür aufgewandte Mühe nicht umsonst sein.

Wer sich der Zeichneragitation widmet, der muß sich eben wappnen mit viel Arbeitsfreudigkeit, mit viel Lust und Liebe für die Zeichnersache und mit viel Geduld.

Eberlein.

richtige Kopieren eines feinen Strichklischees oder einer Autotypie.

Das Atzen des Druckträgers ist freilich, wie Kollege Hoenniger durchführt, Erfahrungssache, gleich jeder anderen vorhergegangenen Manipulation, nur mit dem Unterschiede, daß, wenn eine Minute zu lange oder zu kurz geätzt wird, die Walze eventl. in die Kupferkiste wandert. Ein gelernter Metall-ätzer kann öfter das einem jeden bekannte Mittel: einwalzen und nachätzen, mit sehr gutem Erfolge anwenden. Es kommt auch vor, daß Staubflecken, die ja nicht zu vermeiden sind, oder kleine Fehler im Papier auftreten. Der gelernte Ätzer kennt das Werkzeug, womit man diese Fehler verschwinden macht; der Lichtdrucker aber muß da auch erst Erfahrungen sammeln. Damit möchte ich sagen, daß sich ein gelernter Ätzer schneller einrichten wird als der Lichtdrucker.

In der Negativ- und Diapositivretusche ist der Lichtdrucker der Mann am richtigen Platze, vielleicht auch beim Drucken. Für die Allgemeinheit ist es noch lange nicht maßgebend, wenn die Berliner

Anstaltsbesitzer speziell die Lichtdrucker bei der Besetzung von Stellen im Tiefdruck bevorzugen. Sie tun das vielleicht, weil sie wissen, daß diese Branche am stärksten durch den Tiefdruck zu leiden hat. Wenn Kollege Hoenniger zum Schluß an die Lichtdrucker appelliert, ihr Augenmerk auf die beruflichen Fortschritte zu richten, so möchte ich mit diesen Zellen auch den Ätzern und Photographen zuzurufen: »Augen auf!« Jeder Kollege, gleichviel ob Lichtdrucker oder Ätzer, möge der Tatsache eingedenk sein, daß die Arbeit eine bedeutende Verantwortlichkeit und die größte Aufmerksamkeit verlangt. Daraus möge jeder seine Schlußfolgerungen ziehen. Spr.

Feuilleton.

Vom Büchertisch. Wenn ein Baby kommt. Spezialratgeber für alle Frauen von Dr. med. H. Zikel, Frauenarzt in Berlin. Medizinischer Verlag Schweizer & Co.

Berlin N.W. 87, 91 Seiten 80. Preis 2.50 Mk. Dr. Zikel schildert in sachkundiger und fesselnder Darstellung alles, was die junge Frau und angehende Mutter über ihren eigenen Zustand wie auch über das werdende Wesen wissen muß; er behandelt alle die zahlreichen und schwierigen Fragen, über die die Mehrzahl der Frauen bis zu den kritischen Momenten überhaupt nichts weiß, um sich schließlich wenn Gefahr droht, bei weisen Frauen und Hebammen Rat zu holen. Das Buch entspringt einer reichen örtlichen Praxis und ist für das von ihm behandelte Gebiet ein erfahrener, praktischer Ratgeber.

Die Papierberechnung für Buchdruckereien, Buchbindereien, Kartonnagenfabriken. Verlag: Joseph Kulesiewicz, Schreierbau I. R. 32 Seiten 80. Das Schriftchen, das bereits in dritter Auflage vorliegt, will den Fachleuten ein Ratgeber bei der Berechnung der Bogenzahl und des Papierpreises von Auflagen in den verschiedenen Höhen sein. Durch sachgemäß zusammengestellte Tabellen ist diese Aufgabe mit Erfolg gelöst. ph

Stellenangebote

1 tüchtiger Farb-Ätzer und 2 erstklassige **Positiv-Retuscheure** für Maschinen sofort für dauernd gesucht. Gehaltsanspr., Zeugnisse und Proben erbeten. [300] Aug. Krämer, Stuttgart.

Tüchtiger Ansichtsgraveur für feine Briefköpfe in dauernde Stellung gesucht. Leop. Stüssgen, Krefeld.

Ich suche im Nachweis 2 solide, möglichst ältere **Schreber u. 1 Zeichner** der auch Ahrlebe kann. Casar Oschmann, Hannover, Fabrik f. Tapetendruckwalzen u. Formen. Vahrenwalderstr. 58c. [240]

Verschiedenes

„**Matt-Lack**“ Bester Farbensatz gegen Kleben, Hart-, Blankwerden und Aufreißen der Abdrücke, Rinnen d. Farbe. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,--.

„**Harmalein**“ Vorzüglicher weißer Trockenstoff in Paste, kein Herunterwischen der Farben mehr. Auch beim Chromo- und Buntdruck verwendbar, da jede Farbe gut abhebt. Kilo Mk. 3,50.

„**Bronsol**“ Gibt feststehende glatte Bronze, auch bei losen, ungeeigneten Papieren. Preis Kilo Mk. 4,--. Gegen Nachnahme. Kunden erhalten neuestes Tonschulzrezept gratis. F. Hanke, Hamburg 22, Vogelweide 5. [300]

Roulett-, Fadenstichel Fräser u.s.w. In bester Ausführung fertigt. Carl Neumann, vormals G. König, Berlin SO., Manteuffelstr. 31.

Wischwalzen - Schläuche ohne Naht für Steindruck-Schnell-Pressen liefert **Edmund Behnisch, Luckenwalde.** Vertreter an allen größeren Plätzen. la. Zeugnisse.

Alois Senefelder und die Erfindung der Lithographie Festschrift von Fritz Hansen Verlag von **Conrad Müller, Schkenditz** Preis 55 Pfg. (portofrei) Bei 10 Stück ein Freixemplar

Handbuch f. Prüflinge d. Steindr. o. Lithgr.-Gewerbes. Zu bez. d. A. Hesse, Barmen, Südstraße 49. -- 35 Pfg. in Briefmarken. --

Porträts, (Rohvergrößerungen auf Zeichenpapier) Papiergr. 35/45 cm 1,30, aufz.a. Kart. 1,50 " 40/50 " 1,50, " " " 1,75 " 50/60 " 2,25, " " " 2,60 usw.

Paul Phemel, Anstalt für photogr. Vergrößerungen, Frankfurt a. O., Berlinerstr. 28-29.

Für Zeichner zur Anregung! Für Kunstliebhaber zur Freude! **Das Waldgeheimnis,** Ein Lied, Auf Bergeshöhe, Am Strand usw. sind die Titel d. Kunstblätter aus d. vornehm ausgestatteten **Mappe weiblicher Aktstudien** (Originalaufnahmen).

20 Kunstblätter auf Matt-Platinpapier mit Blütenunterlage. 1 Blatt 60 Pfg., 1/2 Mappe mit 10 Blatt 5,50 Mk., 1/4 Mappe mit 20 Blatt 10,-- Mk. franko bei Voreinsendung. -- Nachnahme 35 Pfg. extra. -- 20 verkleinerte Abbildungen gegen Voreinsendung von 35 Pfg. in Marken die bei späterer Bestellung einer Mappe in Abzug gebracht werden. -- Es werden auch halbe und ganze Mappen **kostenlos zur Ansicht** gegen Voreinsendung des Betrages versandt. -- Bei Rücksendung der Mappe wird der Betrag postwendend retourniert. -- Büros und die Vorsitzenden der Zahlstellen erhalten die Mappe auf Wunsch kostenlos 8 Tage zur Ansicht. Vertrauensleute erhalten bei Vertrieb von 10 Mappen 2 Mappen gratis.

Geo.-Verlag, Lichterfelde W. 15b, Berlin

Graphische Fachklassen Buchdruck, Satz, Lithographie, Steindruck, Photomechanische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekt freil. Kunstgewerbeschule **Barmen**

Original grau feucht und „Cosmos“ feucht Ludka 48x64 cm, pro 100 Bg. Mk. 8,-- u. 8,50. Fachmännisch gepflegt ist das beste Umdruckpapier. -- Goldlack gibt der Bronze festen Halt und tadellosen Glanz auf dem schlechtesten Papier. p. kg Mk. 5,--. -- Bestes Tonschutzmittel für Zink „**Radikal**“ p. kg Mk. 3,50. -- **Trockenmittel usw.** [180] **H. M. Köhler, Leipzig-Schönefeld.**

Bester Ätzgrund i. Maschine z. Radieren z. Kopieren **C. Hitziger, Berlin-Neukölln, Weissestr. 4.**

Fachliteratur.

Der praktische Umdrucker. Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf. **Senefelders Lehrbuch der Lithographie und des Steindrucks vom Jahre 1821.** Preis inkl. Porto für Verbandsmitglieder 4,50 Mk., sonst 7,50 Mk.

Der Aluminiumdruck (Algraphie). Von K. Wellandt. Preis inkl. Porto 85 Pf. **Alois Senefelder und die Erfindung der Lithographie.** Von Fritz Hansen. Preis inkl. Porto 50 Pf.

Zu beziehen durch: **Conrad Müller, Schkenditz.**

Verbandsnachrichten

Um die Adresse des Lithographen **Hermann Debitsch** aus Halle a. S., bittet **Franz Weber, Landwirt, Böisingen bei Rottevel.** Porto wird vergütet.

Achtung! Schwenningen a. N. Vorsitzender und Auskunftserteiler, Kassierer und Unterstützungs-Auszahler **Gustav Schönberger, Lammstraße 5, I.**

Achtung! Glogau! Auskunftserteiler ist von jetzt ab: **Wilhelm Berndt, Glogau, Rosenstraße 3-4 II.**

Wer kann mir die Adresse des **August Mundet,** zuletzt in Köln in Stellung, vermitteln? Derselbe ist hier abgereist ohne seinen Verpflichtungen nachzukommen. **Otto Bauknecht, Köln a. Rh., Sülz, Zülpfherstraße 235.**

Totenliste.

† Am 10. Juni in **Leipzig Max Meseke,** Lithograph aus Berlin, 26 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden durch Erschießen. -- Eingetret in Leipzig am 6. April 1913.

† Am 27. August in **München Jacob Viellechner,** Steindruck aus Hohenhain bei Albling, 27 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 40 Wochen. -- Eingetret in München am 2. Mal 1903.

† Am 3. September in **München Hubert Ackermann,** Zeichner aus München, 20 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 36 Wochen -- Eingetret in München am 5. Februar 1911. Vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 5. September 1909.

† Am 3. September in **Barmen Gustav Böthoff,** Steindruck aus Barmen, 48 Jahre alt, an Speiseröhrenkrebs, krank 13 Wochen 4 Tage. -- Eingetret in Elberfeld am 5. September 1909.

† Am 9. September in **Leipzig Eduard Jonack,** Notendrucker aus Oheimitz, 46 Jahre alt, an Bauchdrüsenoperation, Invalide seit 29. Juni 1913. -- Eingetret in Leipzig am 13. April 1902.

† Am 23. September in **München Heinrich Hell,** Lithograph aus Neuburg a. D., 46 Jahre alt, an Herzschlag. -- Eingetret in München am 13. März 1892.

† Am 23. September in **Coswig William Lenk,** Formstecher aus Trachau bei Dresden, 28 Jahre alt, an Rippenfellentzündung und Lungenleiden, krank 25 Wochen. -- Eingetret in Coswig am 3. Januar 1909. Vorher Mitglied im Zentral-Verein der Formstecher vom 9. April 1904.

† Am 26. September in **Dresden Alfred Pöhler,** Lithograph aus Gera (Reuß), 35 Jahre alt, an Lungenleiden, krank eine Woche. -- Eingetret in Dresden am 4. Mai 1902.

† Am 3. Oktober in **Cassel Nicolaus Michel,** Lithograph aus Nürnberg, 59 Jahre alt an Arterienverkalkung und Herzlähmung. -- Eingetret in Kaufbeuren am 28. März 1890.

Am 3. Oktober in **München Johann Tafelmeier,** Lichtdrucker aus Ergolobach, 67 Jahre alt, an Gelbsucht, krank 18 Wochen. -- Eingetret in München am 1. Januar 1893.

† Am 6. Oktober in **Zittau Johann Gein,** Lithograph aus Dresden, 27 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 25 Wochen 1 Tag. -- Eingetret in Dresden am 26. März 1904.

† Am 10. Oktober in **Berlin, Arthur Cingros,** Lithograph aus Leipzig-Gohlis, 26 Jahre alt, an Darmtuberkulose, krank 52 Wochen. -- Eingetret in Leipzig am 24. September 1905.

† Am 14. Oktober in **München Karl Leubner,** Steindruck aus Tüschau i. Sachsen, 66 Jahre alt, an Schlaganfall, Invalide seit 1. Januar 1913. -- Eingetret in München am 15. Februar 1884.

† Am 29. Oktober in **Dresden Georg Reinhardt,** Photograph aus Dresden, 32 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 38 Wochen 2 Tage. -- Eingetret in Dresden am 27. September 1908. Vorher im Deutschen Photographen-Gehilfen-Verband vom 1. Juli 1908.

Ehre ihrem Andenken!
Der Hauptvorstand.
Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Ortsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sterbe-Urkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien (Rufvornamen, Geburtstag und -Jahr) mitteilen.
Der Hauptvorstand.